Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Nekazanka 18.

Telephone: Tagesredaktion: 26795, 31469. Nachtredaktion: 26797.

Postscheckamt: 57514.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Kc 16.–
vierteljährlich . . . „ 48.–
halbjährig . . . . „ 96.–
ganzjährig . . . . „ 192.–

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

11. Jahrgang. Mittwoch, 25. Feber 1931 Nr. 48.

Generalvollmacht für Gandhi.

Neu Delhi, 24. Feber. Der Vollzugsausschuß des nationalistischen Kongresses nahm eine Entschließung an, in der Gandhi uneingeschränkte Vollmacht erhält, eine Abmachung mit dem Vizekönig zu treffen. Dieser beabsichtigt, Gandhi nächstens zu sich zu rufen, um die kürzlich aufgenommenen Besprechungen fortzusetzen.

Acht Delegierte, die an der Konferenz am Runden Tisch in London teilgenommen hatten, verhandelten bereits mit dem Vizekönig, der sie über seine Unterredung mit Gandhi informierte. Es verlautet, daß die Delegierten einmütig die Vorschläge des Vizekönigs angenommen haben, und es besteht die Hoffnung, daß noch in dieser Woche eine Einigung erzielt werden wird, wenn die Verhandlungen weiter mit der bisherigen Versöhnlichkeit fortgesetzt werden.

100 Millionen Franken für die französischen Arbeitslosen.

Paris, 24. Feber. (Havas.) Der sozialistische Deputierte Leon Blum brachte zum Regierungsentwurf über die Errichtung eines Arbeitslosenunterstützungsfonds einen Zusatzantrag ein, der besagt, daß der Kredit, aus welchem die Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden soll, auf 100 Millionen Franken erhöht werde. Die Regierung hatte gegen diesen Antrag die Vertrauensfrage nicht gestellt. Der Antrag wurde mit 285 gegen 268 Stimmen angenommen.

G.P.U. bricht in die polnische Gesandtschaft in Moskau ein.

Warschau, 24. Feber. Nach einer erst heute aus Moskau eingelangten Meldung wurde vor einigen Tagen im Gebäude der polnischen Gesandtschaft in Moskau der Funktionär der GPU Pietrow in dem Augenblicke festgenommen, als er versuchte, in das Amtskabinett des polnischen Gesandten Patek einzubrechen. Pietrow war als Briefträger verkleidet und konnte sich auf diese Weise unbehindert in dem Gesandtschaftsgebäude bewegen. Die eingeleitete Untersuchung ergab außer allen Zweifel, daß Pietrow einen Einbruch in das Amtszimmer des Ministers Patek versuchte, der sich außerhalb Moskaus befand. Bei Pietrow wurden Einbruchswerkzeuge und Dokumente gefunden, daß er ein Funktionär der GPU ist. Pietrow hatte Komplizen, die zur Zeit des versuchten Einbruches in der Nähe der polnischen Gesandtschaft postiert waren.

Friedensengel Maginot.

Paris, 24. Feber. Kriegsminister Maginot hielt im Laufe der Kammerdebatte über das Budget des Kriegsministeriums eine ausführliche Rede, in der er, wie vor ihm der Berichterstatter, ziffernmäßig nachwies, daß Frankreich seine Rüstungen von allen Großmächten am meisten eingeschränkt und herabgesetzt (??) habe, u. zw. bis auf ein Maß, über das hinaus es nicht mehr gehen könnte. Nur 16 Prozent der Staatsausgaben sind für tatsächliches Kriegsmaterial bestimmt und davon diene der größte Teil zur Ergänzung des unbrauchbaren und ausrangierten alten Materials.

Ueber die Frage der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages könne es keine Debatte geben. Die internationale Kontrolle muß den aufrichtigen Nationen dafür gut stehen, daß sie nicht zum Opfer neuer Kriege werden.

Die Bombe auf dem Präsidentenpalais.

Havanna, 23. Feber. Auf dem Dache des Präsidenten-Palais in Havanna wurde heute abend eine Bombe gefunden. Zwanzig verdächtige Personen sind verhaftet worden. Das Palais wird von einer starken Wache geschützt. Präsident Machado wohnt im obersten Stockwerk des Palais.

Vergler des Mandates verlustig.

Prag, 24. Feber. Heute vormittags hielt das Plenum des Wahlgerichtes unter dem Vorsitze des ersten Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtes Dr. Dscha eine Sitzung ab. Anwesend waren elf Beisitzer. Das Wahlgericht verhandelte über die Verifizierung des Mandates des Abg. Dr. Paul Vergler. Referent war der Rat des Obersten Verwaltungsgerichtes Dr. Krchin. Die Beratungen des Gerichtes dauerten zwei Stunden. Das Wahlgericht beschloß, das Mandat des Dr. Vergler nicht zu verifizieren. Die Gründe für diese Entscheidung werden dem Ministerium des Innern bekanntgegeben werden.

Englischer Druck auf Italien.

Wegen Beitritts zum Flottenabkommen.

London, 24. Feber. Wie Reuter meldet, reisen heute abends Außenminister Henderson und der Erste Lord der Admiralität Alexander von Paris nach Rom ab, um dort die Flottenbesprechungen fortzusetzen.

Außenminister Briand bestätigte den Journalisten, daß das heute erzielte grundsätzliche Marineabrüstungs-Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien durch den Beitritt Italiens bedingt ist. Bis zur italienischen Zustimmung bleiben die Bedingungen der Vereinbarungen streng geheim.

*

Paris, 24. Feber. Der ganze Vor- und Nachmittag war den französisch-italienischen Marineberatungen gewidmet. Im Ministerium konferierten, von einigen Experten begleitet, die Marineminister der beiden Staaten Alexander und Dumont; im Außenministerium hielten Henderson und Briand gleichfalls in Anwesenheit einiger Experten Beratungen ab. Vor Mittag trafen die beiden Marineminister am Quai d'Orsay ein, worauf eine gemeinsame Beratung stattfand. Die Konferenzen dauerten mit einer Mittagspause bis 17 Uhr. Um 17 Uhr 40 Pariser Zeit reisten die britischen Staatssekretäre Henderson und Alexander mit ihren Experten nach Rom ab.

Die amtlichen Kreise verhalten sich weiter sowohl über den Gegenstand als auch über das Ergebnis der Marineverhandlungen zwischen Frankreich und Großbritannien zurückhaltend. Der diplomatische Berichterstatter der „Agence Havas" erfährt jedoch, daß während der Beratungen am Vormittag ein grundsätzliches Abkommen über die Bedingungen erzielt wurde, unter denen Frankreich dem vorjährigen Londoner Marineabrüstungs-Abkommen beitreten würde. Henderson und Alexander werden in Rom die Ergebnisse der Pariser Verhandlungen vorlegen und sich bemühen, daß auch Italien dem Marineabkommen beitrete. Wenn ihnen dies gelingt, würde das vorjährige „Dreier-Abkommen" (Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan) auf ein „Fünfer-Abkommen" ausgedehnt werden, wie es ursprünglich beabsichtigt war. Wenn es nicht gelingt, den Beitritt Italiens zu erreichen, würden die heutigen französisch-englischen Vereinbarungen alle Gültigkeit verlieren.

Den letzten Nachrichten zufolge soll Frankreich weitere Zugeständnisse gemacht haben. Es besteht nicht mehr auf der Ueberlegenheit von 240.000 Tonnen gegenüber Italien, sondern hat sie um ein ganzes Drittel auf 160.000 herabgemindert und soll nach Privatmeldungen sogar noch etwas niedriger sein.

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten in Eger.

Eger, 24. Feber. (Tsch. P.-B.) Das Polizeikommissariat in Eger hatte durch Erhebungen festgestellt, daß die Kommunistenführer aus Eger, Asch, Elbogen und Marienbad in Anwesenheit eines Sekretärs der Prager kommunistischen Zentrale am 14. d. M. in einem Egerer Gasthause eine geheime Versammlung abgehalten hatten, in welcher die Durchführung der für den 25. d. M. angesagten kommunistischen Demonstrationen beraten wurde. Außerdem wurde angezeigt, daß eben diese Führer in den Industrieorten des Egerlandes eine fieberhafte Tätigkeit entwickelten, um zur Teilnahme an diesen Demonstrationen zu werben. Das Egerer Polizeikommissariat nahm Montag früh in Eger noch Hausdurchsuchungen, welche schwerbelastendes Material zutage förderten, 11 Personen in Gewahrsam. In gleicher Weise veranlaßten die in Betracht kommenden Bezirksbehörden die Festnahme einer großen Anzahl von Agitatoren. Unter den in Eger verhafteten Personen befinden sich auch Individuen, die wegen Eigentumsdelikten und wegen Körperverletzung dutzendmale vorbestraft erscheinen. Sechs Verhaftete wurden wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und Verleitung zum Auflauf, eine Person außerdem wegen verbotener Rückkehr dem Kreisgerichte in Eger eingeliefert. Die übrigen wurden auf freien Fuß gesetzt, doch wird die Strafuntersuchung gegen sie fortgesetzt.

Nationalsozialistischer Revisionismus.

Ende der sozialistischen Phraseologie der Hakenkreuzler?

Wie im „Berliner Tageblatt" zu lesen ist, ist unlängst von dem Nationalsozialisten Hans Reupke ein Buch: „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft" erschienen, in welchem gegen die bisherigen Wirtschaftsphrasen der Nationalsozialisten von einem Nationalsozialisten selbst Sturm gelaufen wird. Bekanntlich war bisher das Haupt- und Glanzstück aus dem Schaufenster des nationalsozialistischen Programms die „Brechung der Zinsknechtschaft". Diese Forderung meint nun der Verfasser vollkommen liquidieren zu wollen. Er schreibt nämlich darüber:

„Es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, daß man sich ernsthaft mit ihr in der extremen Form, in der sie zuerst aufgetaucht und mit der Auslegung, die sie von Außenstehenden heute noch erfährt, nicht mehr zu befassen braucht."

Es scheint also den Baukkapitalisten auch nur der Scheinkampf, den die Nationalsozialisten gegen das Finanzkapital führen, zu viel zu sein und sie haben den Hakenkreuzlern vermutlich einen deutlichen Wink gegeben

mit der Brechung der Zinsknechtschaft ein Ende zu machen,

worauf der Herr Reupke vorsichtig vorbereitet.

Noch deutlicher wird Herr Reupke an einer anderen Stelle, wo er schreibt:

„Alles was die extremen Kapitalgegner an Theorien aufgestellt haben, um durch radikale Mittel aus der Abhängigkeit von der Hochfinanz hinauszukommen, sind gefährliche Utopien. Es kann sich auch nach der ganzen Einstellung des Nationalsozialismus zur Wirtschaft nicht darum handeln, sie zu einem Feld für neue, besonders geldwirtschaftliche Experimente zu machen, sondern um evolutionäre Fortführung, vor allem ihren sittlichen Gehalt zu stärken und von hier aus ihr Gesicht zu wandeln."

Vielleicht wird bald an die Stelle des Kampfes gegen die Zinsknechtschaft das Bündnis mit dem Finanzkapital treten.

Auch die Theorie über das sogenannte Bodengeld, über die Staatskassenscheine, mit denen an Stelle verzinslicher Anleihen oder Aktien Wohngebäude und wichtige Versorgungsbetriebe finanziert werden sollen, alle diese Experimente werden vom Verfasser abgelehnt und als haltlose Schlagworte abgetan. Ja Reupke geht soweit,

ein begeistertes Bekenntnis zum Kapitalismus

abzulegen:

„Die legitimen Ansprüche des Kapitalismus, genauer gesagt, der einzelnen Kapitalisten, dürfen nicht angegriffen werden, sondern sind im Gegenteil zu schützen."

Was sind schließlich die positiven Vorschläge, die der Herr Reupke macht? Er empfiehlt ein System der ständischen Wirtschaftsordnung, das abseits von allen Sozialisierungstendenzen eine Wirtschaftsführung durch straff gegliederte Berufs- und Wirtschaftsgruppen proklamiert. Er

endet also bei den Vorschlägen des Juden Walter Rathenau,

dessen Ideen nun dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm einen konkreten Inhalt geben sollen. Während also die Nationalsozialisten finanzielle Anleihen bei Großindustriellen machen, machen sie geistige Anleihen bei einem Juden. Der Idealismus einzelner Menschen, die heute noch dem Nationalsozialismus nachlaufen, wird mißbraucht um die Stellung aller jener zu festigen, gegen die die Nationalsozialisten angeblich ausgezogen sind.

Strategen der Niederlage.

Wenn wir nicht irren, war es Lenin, der es für eine Dummheit erklärte, revolutionäre Aktionen vorher mit großem Pomp und vollem Maul anzukündigen und dem Gegner so Gelegenheit zu geben, seine Vorsorge zu treffen. Das hat übrigens auch schon vor Lenin jeder mit normalem Verstand ausgestattete Mensch gewußt und längst vorher war das geflügelte Wort bekannt, daß angesagte Revolutionen nicht stattfinden. Auch heute ist diese primitive Erkenntnis Gemeingut, nur bei den Kommunisten nicht. Wie sie alles schematisieren und mechanisieren, so auch ihre Strategie; ihre sozusagen revolutionären Unternehmungen nahmen daher schon in den Zeiten, da noch Schwung und Elan in ihrer Bewegung war, ein klägliches Ende. Die Revolutionsmacher im Moskauer Kreml, die sonst jeden Floh irgendwo in Europa husten hören und darauf tiefsinnige Folgerungen über die revolutionäre Stimmung des Proletariats ziehen, kümmern sich den Teufel um die jeweiligen tatsächlichen Machtverhältnisse in den einzelnen Ländern, sondern setzen einfach mit dem Kalender in der Hand die — mit Verlaub gesagt — großen Kampftage fest. Mindestens zweimal im Jahre muß der „Zorn des Proletariats" über das verräterische Treiben der Fascisten und Sozialfascisten überschäumen, ob er nun will oder nicht. Das sind dann die „roten Tage", für die monatelang alle Blasinstrumente der Komintern Reklame trompeten müssen. Die erforderliche revolutionäre Stimmung braucht nicht gegeben zu sein, sie wird einfach in der Retorte erzeugt, oder wenigstens zu erzeugen gesucht, denn bisher mißlang die Anwendung der Rezepte der Moskauer Revolutionschemiker jedesmal mit größter Präzision. Die Niederlagen der Komintern werden in Moskau geradezu fabriksmäßig erzeugt, worüber man sich stiller Heiterkeit hingeben könnte, wenn nicht damit ebenso regelmäßig eine Stärkung der Reaktion verbunden wäre.

Kein einziger der von den Moskauer eingebildeten Wind- und Wettermachern diktierten „roten Tage" hat im entferntesten gehalten, was die zügellose Phantasie der revolutionären Niederlage-Strategen erhofft und erwartet hatte. Im äußersten Falle wurden es Massenkundgebungen der — Polizei, die da und dort mit ihren Knüppeln ihren Unmut über den Verlust eines dienstfreien Tages an Grüppchen wehrloser Arbeiter ausließ. Allerdings hinderte das die kommunistischen Faselhänse nicht, nachher das liebliche Mündchen voll zu nehmen und mit angeblichen Massen zum äußersten entschlossener Proletarier in den Straßen aller Städte und Orte zu renommieren, nachdem sie schon vorher sich und andere mit der Einbildung zu berauschen gesucht hatten, das gesamte Proletariat brenne vor Begierde, unter den Fahnen Moskaus die kapitalistischen Ausbeuter und nicht zu vergessen — die Sozialfascisten — zu Paaren zu treiben. Ein paar Wochen später freilich kam stets die Abrechnung. Moskau hielt Gericht über die Patzer und Stümper, die versagt hätten, die nichts taugten und überhaupt ausgemachte Trottel seien, weshalb sie weggeschickt werden müßten, um einer neuen Führergarnitur Platz zu machen.

Allen Blamagen zum Trotz wurde schon vor Monaten auch der heutige 25. Feber als bolschewistischer Weltkampftag anbefohlen. Man muß gehört und gelesen haben, welcher Zuversicht die kommunistischen Führer — oder was sich so nennt — diesem von den Kremlherren in ihren Kalender blutrot angestrichenen Tag entgegengebracht haben. Diesmal, so hoffen sie, muß es gelingen, denn in allen Ländern herrscht Massenarbeitslosigkeit und bitterste Verzweiflung. Wenn das nicht die Segel des arg ramponierten Komintern-Schiffes blähen sollte, was bliebe dann noch zu erwarten übrig? Was soll denn aber gelingen? Daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung am heutigen Tage gestürzt werden könnte, das bildet sich

wohl kaum der dümmste unter den kommunistischen Feldwebeln ein und daß die Wirtschaftskrise beseitigt oder auch nur gemildert würde, selbst falls es den Kommunisten gelänge, größere Arbeitslosenmassen in den Städten auf die Beine zu bringen, glaubt natürlich auch keiner. Das einzige, was in der gegenwärtigen Zeit erfolgreich getan werden könnte, das wäre, die gesamten Kräfte des Proletariats zu vereinigen und den Staat und die bürgerlichen Parteien zu großzügigen Wirtschaftsmaßnahmen, zu einer vernünftigen Wirtschafts- und Handelspolitik, zu gesetzlichen Maßnahmen gegen die Lohndruckpolitik der Unternehmer, sowie für die ausgiebigste Unterstützung der von der Krise schwer betroffenen armen Menschen zu zwingen, aber just dies liegt nicht im entferntesten in der Absicht der Kommunisten. Die Not der Arbeitslosen ist nicht der Antrieb für sie, zu helfen, sie ist ihnen nur ein Mittel zum Zweck, der Hunger der Massen nur das Oel, mit dem sie ihre Agitationsmaschine zu schmieren gedenken.

Hungernde Menschen auf die Straße und sogar zu Unbesonnenheiten zu verlocken, fällt gewiß nicht schwer, dennoch scheinen die kommunistischen Führer im letzten Augenblick vor der angeblich großen Entscheidungsschlacht das Vertrauen in die Zugkräftigkeit ihrer Parolen verloren zu haben. Als nämlich nach den Duxer Vorfällen der Innenminister — nach unserer Meinung höchst überflüssigerweise — ankündigte, als Folge der Duxer Ereignisse würden am 25. Feber keinerlei Demonstrationen geduldet werden, entsendeten die grimmen kommunistischen Filialleiter Moskaus — nun was denn? — also ein Deputation ergebenst zum Ministerpräsidenten, um ihn — echt revolutionär! — zu ersuchen, die Regierung möge doch die Kundgebungen am 25. Feber gestatten, für welchen Fall sich die kommunistischen Führer verpflichteten, daß der Tag ohne Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung verlaufe. Der Bittgang der kommunistischen Talmirevolutionäre hatte keinen Erfolg und so blieb nichts übrig, als wieder Mut zu markieren. Herr Viktor Stern hat im Parlament verkündet, der 25. Feber werde trotz aller Verbote doch sein, was offenbar aber nur so zu verstehen ist, daß sein Anbruch als fünfundzwanzigster Tag im Monat nicht zu verhindern sein wird. Es mag auch sein, daß es den Kommunisten gelingen wird, hier und da kleine Häufchen Arbeitslose vor die Knüppel der Polizei und die Bajonette der Gendarmen zu treiben, was allerdings schon genügen würde, ihnen den Vorwand zu neuem Geschrei, die Sozialfascisten veranstalteten ein Blutbad, zu geben. Im allgemeinen wird es wieder wie bisher immer nur eine Massenkundgebung der Organe der Staatsgewalt werden. Und die Reaktionäre aller Grade werden sich von ganzem Herzen freuen und sich erst recht sicher im Besitze der Macht fühlen. 600.000 Arbeitslose und hunderttausende Kurzarbeiter, doch selbst die zügelloseste Agitation bringt sie nicht einmal zu Demonstrationen in machtvollem Umfange auf die Straße — da muß den Herrschenden der Kamm schwellen und es muß sich in ihnen die Ueberzeugung festigen, daß ohnehin für die Arbeitslosen schon genug getan sei, daß diese auch bei noch weniger nicht aufmucksen werden und daß sie, die Machthaber, sich noch ungenierter alles erlauben können als bisher.

Neben ein paar eventuellen Opfern an irregeführten Arbeitern wird das der einzige Effekt des kommunistischen „Weltkampftages" sein. Die Hasardeure, die nur darauf ausgehen, die Arbeitslosen vor ihren schäbigen Parteikarren zu spannen, werden, wenn die Organe der Staatsgewalt nicht wieder ihnen zu einem billigen Erfolg verhelfen, auch diesmal eine solenne Niederlage erleiden. Die Regierung aber möge sich nicht einbilden, daß es ihr erlaubt sein wird, aus dem Verlauf der Aktion der Niederlage-Strategen falsche Schlüsse auf die Stimmung der hungernden Volksmassen zu ziehen und zu glauben, sie sei, nachdem sich der kommunistische Schrecken als ein leerer Popanz erwiesen, noch weniger verpflichtet, der Not dieser Massen Rechnung zu tragen.

Der Zusammenbruch der Deutschen Bank.

Am Montag begann in Reichenberg das jahrelang aufgeschobene Verfahren gegen die Funktionäre der im Jahre 1923 zusammengebrochenen „Deutschen Bank". Die Anklage erstreckt sich auf 30 Personen, von denen zwei mittlerweile gestorben sind; weiters scheiden die beiden Parlamentarier der deutschen Gewerbepartei Eckert und Brause aus, die nicht ausgeliefert wurden. Angeklagt sind die Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Bank und deren ehemaliger Direktor Alfred Weber, ferner die Filialleiter Wagner (Asch), Tobisch (Leitmeritz) und Seidel (Znaim) wegen fahrlässiger Krida; schließlich die Aufsichtsratsmitglieder wegen Mitschuld an der fahrlässigen Krida. Der frühere Beamte Fohmann wird wegen Veruntreuung belangt.

Die Bank war nach der Anklageschrift im Mai 1921 zur Förderung des Gewerbes gegründet worden; sie hatte Filialen in Asch, Prag, Schluckenau, Teplitz-Schönau und Znaim, und Zweiganstalten in Leitmeritz und Aussig sowie eine Zentralwechselstube in Reichenberg. Nach anfänglichem Prosperieren war die Bank durch überhastete und kostspielige Filialgründungen in der Inflation nach ergebnislosen Fusionsverhandlungen mit der Kreditanstalt der Deutschen im Juli 1923 zur Anmeldung des Ausgleiches gezwungen; die Passiven betrugen 14.2 Millionen Kronen.

Bei der amtlichen Revision wurde festgestellt, daß private Spekulationsgeschäfte einzelner Beamten und mißglückte Valutaspekulationen der Hauptanstalt sowie hauptsächlich verfehlte Kreditgewährungen der angeklagten Filialleiter, die ohne Zustimmung des Verwaltungsrates erfolgten, den Riesenverlust verursacht hatten. Die erste Bilanz für 1922 bestand in ein paar Bleistiftnotizen des Direktors Weber auf einem Stück Papier. Erst im Mai 1923 gab dieser Verluste von 5 Millionen zu. Viel Geld wurde auch in die Filialen hineingesteckt; so kostete das Haus für die Teplitzer Filiale 1,094.000 K; dazu kamen große Propaganda-, Insertions- und Buchhaltungskosten. Die leitenden Beamten bezogen große Gehälter; Gehaltserhöhungen wurden in der konzilliantesten Form bewilligt.

Der Verwaltungsrat ließ sich durch beruhigende Versicherungen Webers immer wieder vertrösten, urgierte lediglich die Vorlage der Bilanzen, ohne sie zu erzwingen; trotz des im Mai 1923 offiziell bekannten Passivstandes von 5 Millionen unterließ man noch immer die Anmeldung des Ausgleiches. Der Direktor schiebt die Schuld wieder auf den Oberbuchhalter ab, der ihn nicht rechtzeitig und nicht vollständig informiert habe.

Im Jahre 1927 kam ein Ausgleich zustande, nach dem die Einleger 50 Prozent, davon 38 Prozent in bar und den Rest in Obligationen, erhielten.

*

In der Verhandlung am Montag erklärte u. a. der gewesene Präsident der Bank, Gadebusch, er sei an dem Zusammenbruch unschuldig. Als er zum Präsidenten gewählt worden sei, sei die Sache schon im Rollen gewesen. Die Vorlage der Bilanz habe er immer wieder urgiert, aber schließlich hätte er nicht mit dem Revolver operieren können. Hätte er Kenntnis von der Ueberschuldung gehabt, so hätte er die Einlage seiner Frau im Betrage von 200.000 Kronen zurückgezogen. Uebrigens seien auch Verhandlungen mit der Regierung perfekt gewesen, um die Gläubiger mit 100 Prozent zu befriedigen; doch habe ein politischer Wechsel diese Lösung verhindert. Die Ursache des Zusammenbruches liege in der Deflation.

Rechtsanwalt Dr. Hergl-Reichenberg gab an, man habe ihm versichert, daß ein Kapital von 30 Millionen vorhanden sei. In einem Fall habe sein Eingreifen einen Kredit von 800.000 K an den bekannten Hasardspieler Mandelik noch gerettet. Die von den Beamten der Filialen unter Ueberschreitung ihrer Befugnisse bewilligten Kredite seien mit Ausnahme von Teplitz, das von Anfang an faul war, gut gewesen; erst später seien in der Deflation viele von ihnen faul geworden. Wegen der leichtsinnigen Kreditgewährung in Teplitz sei der dortige Filialleiter Hofmann bald entlassen worden.

Montag nachmittags wurden die restlichen Verwaltungsratsmitglieder verhört, während am Dienstag die Aufsichtsratsmitglieder darankamen. U. a. wird das Protokoll des nicht erschienenen Aufsichtsratsmitgliedes Franz Glöckner aus Eichwald bei Teplitz verlesen, in dem er angibt, zweimal in Aufsichtsratssitzungen gewesen zu sein, die aber nie beschlußfähig waren; eine Konstituierung habe nie stattgefunden, so daß er sich auch nicht als Mitglied fühle. Kratky-Aussig hat zu Protokoll gegeben, daß er gegen seine Zustimmung in den Aufsichtsrat kooptiert worden sei. Johann Eyben-Teplitz erklärt gleichfalls, er habe von seiner Wahl in den Aufsichtsrat keine Verständigung erhalten, sondern nur eine Einladung zu einer Sitzung; er habe aber die Teilnahme abgelehnt mit der Begründung, daß er schon in den vorbereitenden Sitzungen die Annahme einer Funktion abgelehnt habe. Auch Bäckermeister Pampam aus Osseg erklärt, er sei zu einer Aufsichtsratssitzung gefahren, die aber beschlußunfähig war; seine Funktion habe er erst nach Rücksprache mit einigen Kollegen im Interesse des Gewerbestandes angenommen.

Oberdirektor Weber wird über die Kreditgewährung und die Spekulationsgeschäfte der Beamten verhört. Es stellt sich heraus, daß die Direktionsmitglieder sich Vorschüsse auf den Anteil am Reingewinn nahmen. Die Ueberschuldung der Bank sei ihm nicht bekannt gewesen, da ihm wie jedem anderen der Ueberblick fehlte.

Der Leitmeritzer Filialleiter Tobisch schiebt die Schuld an dem Zusammenbruch auf die unfähige Zentrale; er selbst hätte seine Filiale in die Höhe gebracht.

Der Geldsack ist in Gefahr!

Alarm unter allerhand Vorwänden.

Die Vorschläge, die der Ernährungsminister Genosse Bechyně dem Ministerrat zur Linderung der Not der Arbeitslosen unterbreitet hat und über die er sich in der Zeitschrift „Přítomnost" geäußert hat (wir haben in einem Leitartikel ebenfalls zu ihnen Stellung genommen) sind den Kapitalisten beider Nationen arg in die Knochen gefahren. Der „Venkov" an der Spitze, ihm folgend die „Narodni Listy" und Sonntags auch der Minister Viškovsky haben sich zu Repliken veranlaßt gesehen. Ihnen gesellt sich von deutscher Seite außer den oppositionellen Parteien auch — die „Bohemia".

Das Geraunze der Agrarier kennt man ja. Bechyně hat die Arbeitslosigkeit und die schwere Exportkrise unserer wichtigsten Industrien eine „nationale Katastrophe" (im Sinne einer gesamtstaatlichen Katastrophe) genannt. Das erscheint den Agrariern als eine „herostratische Tat", geeignet den Kredit des Staates zu gefährden. Natürlich eine nationale Katastrophe ist es ja nur, wenn das Mehl um 20 Heller billiger wird, wenn die Aepfelernte schlecht ist, wenn die Restgutbarone sich keine neuen Automobile kaufen können. Aber 600.000 Arbeitslose — das ist natürlich keine nationale Katastrophe! Das Blatt des Dr. Kramař wieder hat den Gedankengang entwickelt, es sollten bei dieser Gelegenheit vor allem die nationalen Minderheiten ihre Opferbereitschaft zeigen. Das heißt, das Notopfer soll wahrscheinlich ausschließlich von den von der Krise meistbetroffenen Industrien, den deutschen Exportindustrien aufgebracht werden.

Was aber hat die „Bohemia" zu Bechynňs Vorschlägen zu sagen? Zunächst übernimmt sie das schon aufgeklärte Mißverständnis von der „nationalen Katastrophe" — Bechyně habe also nur eine tschechische gemeint (wo doch Bechyně wahrscheinlich besser als die „Bohemia" weiß, in welchen Gebieten die Krise am heftigsten wütet). Weiter rügt das Blatt der deutschen Kapitalisten, daß es Sache des Fürsorge- und nicht des Ernährungsministers gewesen wäre, die Vorschläge vorzubringen. Mit dieser Wortklauberei, die man auf gut Pragerisch eine Petite nennen würde, glaubt sie ein weiteres Argument gefunden zu haben, obwohl es natürlich einerlei ist, wer den Vorschlag erstattet hat, und wobei sie vergißt, daß Bechyně ja auch stellvertretender Ministerpräsident ist. Dann hält sich die „Bohemia", offenherziger geworden, über das Wesen des Antrages auf. Es sei sehr zu befürchten, daß es nicht bei einem freiwilligen Opfer bleiben, sondern daß man — schrecklicher Gedanke! — die Unternehmer zwingen, womöglich — noch furchtbarer! — dauernd zwingen könnte, erhöhte Steuern zu zahlen. Als ob ihnen nicht wenige Jahre zuvor die Steuern bis zu 100 Prozent abgeschrieben und bis zu 80 Prozent ermäßigt worden wären!

Nun stockt das gute Blatt aber und mit einem geschickten Dreh nimmt es jetzt, um gegen Bechyně zu polemisieren, die „Nar. Listy" zu Hilfe. Weil die geschrieben haben, man solle dabei vor allem die nationalen Minderheiten heranziehen, wird das auf einmal so dargestellt, als ob es auch Bechynňs Absicht, sein versteckter „Pferdefuß" wäre. Und die „Bohemia" fragt, ob wir deutsche Sozialdemokraten diese „Fußangel" bemerkt hätten. Wir danken für die rührige Fürsorge. Wir holen bekanntlich in allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen bei der guten Tante „Bohemia" Rat ein. In welche Gefahr liefen wir, wenn sie uns nicht die „Fußangel" zeigte. Schließlich erteilt sie Bechyně noch

36

Die goldene Galeere

Ein Roman aus der Filmindustrie.

Von Fritz Rosenfeld.

Copyright 1930 by E. Bonbsche Verlagsbuchhandlung, Berlin.

Die Banknoten, die einen Augenblick in seinen Fingern gelegen hatten, strahlten eine magische Kraft aus. War er soweit, daß er nicht mehr ein paar von diesen Papieren verdienen konnte? Nicht sich schenken lassen, erbetteln, als Gnade annehmen — verdienen, erarbeiten. Mit seinem Hirn, mit seinen Händen! Und da begann er wieder aus den Baumstraßen in die Steinstraßen zu wandern, in jene endlose, nüchterne Straße, an deren Rändern in nüchternen Häusern die goldenen Götter saßen und über dem Schicksal der Millionen walteten. Wieder sandte er seine Entwürfe ein, berief sich auf seine Erfolge, auf seine Praxis. Von früh bis nachts lief er die Friedrichstraße hinauf und hinunter, eine dicke Mappe mit beschriebenen Blättern in der Hand. Bei allen Firmen kannte man ihn. Die einen wiesen seine Entwürfe höflich, die anderen höhnisch, die einen mitleidig, die anderen schadenfroh zurück. — Nein, der hatte keinerlei Aussicht, ein Manuskript zu verkaufen. Mit solchen Menschen ließ man sich nicht ein. Gab es doch so viele, die keinen Lärm schlugen, wenn man ihre Drehbücher umstülpte, gab es doch so viele, die brav und fleißig und zufrieden an den Rudern der Galeere saßen und dafür sorgten, daß das Schiff ruhig und unbehelligt seinen vorgezeichneten Weg zur goldenen Küste fuhr.

Weh dem, der einen guten Film schrieb!

*

Als Ulfar am Rande des Nichts stand, brachte ihm Prager einen seltsamen Mann namens Katajewski, den Vertreter des Postministeriums eines Balkanstaates. Der Mann war zu Prager gekommen, um ihn zu bitten, die Regie eines Propagandafilms für die Postverwaltung zu übernehmen. Prager interessierte der Auftrag nicht, da Katajewski aber auch bat, ihm jemanden zu empfehlen, der das Manuskript dieses Films verfassen könnte, führte Prager ihn zu Ulfar. Im Rahmen einer einfachen Spielhandlung sollten alle Einrichtungen der staatlichen Postanstalten gezeigt und die Bedeutung eines guten Postverkehrs für die Wirtschaft und das kulturelle Leben des Staates betont werden. „Machen Sie das Buch", sagte Prager, „es kostet keine großen Anstrengungen und bringt doch ein paar hundert Mark. Der Mann ist ein eigentümlicher Kauz, aber Sie werden schon mit ihm auskommen."

Katajewski wohnte, wie sich das für einen Filmmann gehörte, im Hotel Adlon, in einem großen Appartement. Er empfing Ulfar umständlich, als wäre die Besprechung über den Film ein feierlicher diplomatischer Akt, ließ Kognak und Zigarren kommen, winkte aber seinem Sekretär, daß er das Zimmer verlassen sollte. Als sie allein waren, rieb sich Katajewski die Hände, als wollte er nun ein großes Werk angehen, lud Ulfar ein, Platz zu nehmen, fragte ihn nach den Filmen, die er bereits geschrieben habe, einige davon waren auch auf dem Balkan bekannt, Katajewski hatte sie gesehen, bezeichnete sie als ausgezeichnet, als ganz ausgezeichnete Werke moderner Filmkunst, ganz ausgezeichnet, betonte er nochmals, goß Kognak ein, trank, goß wieder ein, trank, biß die Spitze einer Zigarre ab, spuckte sie auf den Teppich, begann zu qualmen.

„Sie wissen wohl von Herrn Prager, worum es sich handelt. Unser Staat will einen großzügigen Propagandafilm über den Postverkehr herstellen lassen, einen Film, verstehen Sie mich, mein Herr, der was zeigt in deutlicher Weise die Vorteile des Postverkehrs, die Einrichtungen, das Weltumspannende — Sie verstehen mich, sozusagen das Weltumschlingende — aber doch auch das Nationale — Sie verstehen mich."

Ulfar nickte. Katajewski sprach langsam, suchte die Worte, koppelte sie kühn und ungrammatikalisch aneinander, betonte sie falsch, versuchte aber den Eindruck eines der deutschen Sprache mächtigen Weltmannes zu erwecken.

„Will ich gleich vorausschicken", setzte er fort, „daß für diesen Film sind große Mittel zur Verfügung gestellt worden. Muß werden ein Film, was von sich reden macht in der ganzen Welt, verstehen Sie mich."

Ulfar nickte. „Sie wollen wohl einen Film mit einer einfachen Handlung, die möglichst konzentriert ist, die leicht zu inszenieren ist?"

„Nix konzentriert", fiel Katajewski ein, „nix leicht zu inszenieren. Soll sein große Ausgabe für großen Regisseur, kann spielen an viele Orten, kann sein in Rom, kann sein in Nizza, kann sein auch in Kopenhagen. Post verbindet doch ganze Welt, das soll gezeigt werden. Mieten wir hier in Berlin großes Atelier, erstklassige Regisseur muß Inszenierung machen, werden wir große, berühmte Künstler engagieren. Verstehen Sie: großes Film, was ganzes Welt in Erstaunen setzt!"

Nun wußte Ulfar, woher der Wind wehte.

„Muß spielen sogar in verschiedene Städte, muß. Muß spielen in der ganzen Welt, in Schloß und großer Hotel, in großer Badeort und in Gebirge. Film braucht das. Braucht Leben, braucht Pracht, braucht äußere Entfaltung. Wird dadurch erst interessant. Film soll wirken auf der großen Masse. Wirkt nur, wenn er viele, viele schöne Bilder hat. Großer Masse will sehen, viel sehen, schöne Sachen sehen. Verstehen Sie?"

Ulfar nickte. Daher wehte der Wind: Auf Staatskosten wollte Herr Katajewski ein paar Monate lang in Europa herumreisen, lustig leben, sich die Welt ansehen, ab und zu, ganz nebenbei, ein paar Aufnahmen machen. Ihm konnte es ja schließlich recht sein. Katajewski fuhr fort:

„Also machen Sie das mit schöne Handlung, auch Liebe dabei, und viele Orte, und viele große, gewaltige Dekorationen?"

Ulfar nickte.

„Und wieviel das kosten?" fragte Katajewski.

„Da es sich nur um eine einfache Fabel handelt, sagen wir fünfhundert Dollar."

„Nein!" entschied Katajewski.

„Ist Ihnen das zu viel?" fragte Ulfar.

„Nein", sagte Katajewski.

Nun begann der gar nicht geheimnisvolle Balkanpostbevollmächtigte geheimnisvoll zu werden.

„Zu wenig", sagte er.

„Zu wenig?"

Ulfar schwieg. Es war seit Monaten der erste heitere Augenblick.

„Sie werden bekommen tausend Dollar."

Ulfar machte große Augen. Warum kamen die Katajewski so selten vom Balkan dahergeschwommen? Warum waren die Postverwaltungen auf dem Gebiete der Filmpropaganda so wenig unternehmungslustig?

„Einverstanden", sagte Ulfar. „Tausend Dollar. Wann brauchen Sie das Drehbuch?"

„Oh", sagte Katajewski, „wir haben Zeit. Wir haben viel Zeit. Ich muß erst suchen eine große Regisseur, eine Architekt. In einem Monat vielleicht, in eineinhalb Monate. Aber ich gebe Ihnen Anzahlung. Wieviel wollen Sie? Dreihundert Dollar?"

Ulfar nickte. Wie glatt diesmal alles ging. Wie schön das war, mit einem Katajewski zu tun zu haben, der die fabelhaftesten Vorschläge machte, so daß man nur nicken mußte. Man sollte diesen Katajewski allen Filmproduzenten, in Freiheit dressiert, vorführen. Sie konnten von ihm lernen!

einen Verweis, daß er nicht den Abbau des Militärbudgets gefordert habe. Vielleicht ist die „Bohemia" so freundlich, diese Sache durch die Abgeordneten der ABG zu eurieren, die doch auf eine agrarische Liste gewählt sind und sowohl dem Heeresministerium als auch den parlamentarischen Stützen des Militarismus seit Alters nahestehen. Es soll uns freuen, wenn Herr Kafka da ein wenig Bahn macht!

Alles in allem kommt der kapitalistische Pferdefuß der „Bohemia" in diesem Artikel recht deutlich zum Vorschein und man weiß sehr bald, welche Fußangel sie in der Suppe eigentlich gefunden hat. Es ist die Hauptsorge, die ein kapitalistisches Blatt eben hat. Das Kapital ist in Gefahr! Ein sozialdemokratischer Minister fordert ein Notopfer von den Reichen, die doch eben so hohe Faschingsausgaben hatten und sich die Bälle ihre 50.000 bis 100.000 Kronen kosten lassen mußten, wobei sie ohnehin auf die Krise Rücksicht nehmen. Und obwohl es Hunderttausende deutsche Arbeitslose sind, deren Unterstützung sichergestellt werden soll, ist der „Bohemia" nur um eines bange, um den Geldsack der deutschen Fabrikanten und Bürger. Sie braucht sich nicht über die tschechischen Blätter zu beklagen. Sie spielen beide die gleiche Melodie, nur die Tonart ist jeweils eine andere!

Der Prozeß gegen Stransky.

Brüx, 24. Feber. Heute vormittags 9 Uhr begann vor einem Senat beim Brüxer Kreisgericht unter dem Vorsitz des Gerichtsrates Sittel die Verhandlung gegen den kommunistischen Senator Peter Stransky aus Bruch, der anläßlich der blutigen Demonstrationen in Dux am 4. Feber verhaftet wurde. Die Anklage vertrat der Prokurator Dr. Tolmann. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens, ferner auf öffentliche Gewalttätigkeit und auf Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung (§ 81). In der Anklage werden sodann die Vorfälle in Dux ausführlich geschildert. Der Zugang der Straße von Ladowitz nach Dux war am 4. Feber nachmittags von einem Gendarmeriekordon von 11 Mann unter dem Kommando des Oberwachtmeisters Ferdinand Emer abgesperrt worden. Als sich der Demonstrationszug den Gendarmen auf etwa 20 Schritte genähert hatte, forderte der Gendarmeriekommandant die Demonstranten auf, umzukehren, da im Stadtgebiete von Dux keinerlei Demonstrationen geduldet werden. Aber Stransky, der an der Spitze des Zuges marschierte, habe, als er etwa 15 Schritte von den Gendarmen entfernt war, mit den Demonstranten eine Kette gebildet und sei gegen die Gendarmen vorgegangen. Einige Demonstranten, unter ihnen Stransky haben sich gegen die Gendarmen geworfen. Stransky habe gerufen: „Jen skrz!" (nur durch!) Er selbst stürzte sich auf den Kommandanten Emer und wollte ihm das Gewehr entreißen. In diesem Augenblick sei der Wachtmeister seinem Vorgesetzten zu Hilfe geeilt, wobei er allerdings auch von einigen Demonstranten bedroht worden sei. Die Lage sei so kritisch gewesen, daß der Gendarmeriekommandant Emer den Befehl zum Schießen gegeben habe. Es waren drei Schüsse gefallen, vier Demonstranten wurden tödlich, und vier schwer verletzt.

Senator Stransky erklärte, daß er sich einer Schuld nicht bewußt sei. Er habe sich auf den Weg von Brüx nach Dux begeben, um eine Deputation nach Ladowitz zu begleiten. Als er bemerkte, daß sich ein ganzer Demonstrationszug bildete, habe er die Demonstranten aufgefordert, sich zu keinen Gewalttaten hinreißen zu lassen. Er selbst sei in der dritten Reihe marschiert. Vor dem Bahnübergang, als sie etwa 10 Schritte entfernt vom Kordon entfernt gewesen wären, habe der Gendarm den Befehl gegeben stehen zu bleiben.

Vorsitzender: „Haben Sie, Herr Senator, den Befehl gehört?"

Sen. Stransky: „Ja, aber einen anderen Befehl habe ich nicht gehört."

Er sei dann noch einige Schritte weiter gegangen, um mit dem Gendarmeriekommandanten zu verhandeln und um sich zu legitimieren. Plötzlich seien 5 bis 6 Schüsse gefallen. Er bestreitet auch, die Demonstranten aufgefordert zu haben, den Gendarmeriekordon zu durchbrechen. Die Worte „Jen skrz!" habe er nicht gerufen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er nicht in Dux geblieben sei und warum er nicht die Demonstration verhindert habe, erklärte Stransky, die Demonstration wäre von anderen Personen organisiert worden. Die Aufforderung, auseinanderzugehen, habe er ebenfalls nicht gehört, wie er auch nicht gewußt habe, daß die Demonstration polizeilich nicht gemeldet wurde. Jedoch habe er den Demonstranten, als sie singen wollten, zugeredet, dies zu unterlassen.

Es wurde nun zum Zeugenverhör geschritten. Als erster wird der Gendarmeriekommandant Oberwachtmeister Emer einvernommen. Der Antrag eines der vier Verteidiger, die Vereidigung des Gendarmen abzulehnen, wurde vom Senat zurückgewiesen. Der Zeuge Emer gab das an, was schon aus der Anklage bekannt war.

Ueber Antrag der Verteidigung wurde der Entwaffnungsversuch Stranskys vom Gendarmeriekommandanten Emer vorgeführt.

Stransky richtet nun an den Zeugen einige Fragen. Während der Einvernahme der Zeugen kam es wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden.

*

Am Nachmittag wurden noch mehrere Gendarmen und drei Eisenbahner einvernommen, darunter als Hauptzeuge der Duxer Stationsvorstand Pech; sie bestätigten die Aussagen der beiden Zeugen von Vormittag, erbrachten im übrigen aber keine weiteren Details zur Aufklärung der Vorgänge. Lediglich der Stationsvorstand erklärte mit aller Bestimmtheit, daß er von der Brücke aus gesehen habe, daß Stransky den Demonstrationszug geführt habe. Stransky habe auch den Wachtmeister Emmer zu entwaffnen gesucht. Er, Pech, habe auch zwei Eisenbahnangestellten gegenüber erklärt: Der russische Jude dort (er meinte Stransky) ist der Anführer!

Bei der Einvernahme eines Gendarmen kam es zwischen Dr. Bill und dem Vorsitzenden zu einer scharfen Auseinandersetzung. Dr. Bill behauptete nämlich, daß der Vorsitzende die Objektivität der Aussagen durch Suggestivfragen beeinflusse, so daß es der Verteidigung schwer falle, die Verteidigung zu führen. Zum Protest dagegen legte er die Verteidigung nieder und verließ den Gerichtssaal.

Die übrigen Verteidiger stellten sodann verschiedene Beweisanträge und beantragten u. a. die Einvernahme weiterer Zeugen, die von ihr zur Entlastung des Angeklagten geführt wurden.

Drei Zeugen, die von der Verteidigung beantragt wurden, kamen noch zur Einvernahme. Darunter befindet sich ein Bruder des erschossenen Arbeiters Lamaé. Alle drei sagten in dem Sinne aus, daß sich die Demonstranten vollkommen ruhig verhalten hätten. Die Gendarmerie habe wenige Sekunden nach der Aufforderung, die Demonstranten mögen anhalten und den Zug auflösen, geschossen. Stransky habe nicht als Führer der Demonstration fungiert; er habe auch nicht den Gendarmeriekommandanten zu entwaffnen versucht; es sei auch nicht richtig, daß die Demonstranten eine Kette gebildet und sich geschlossen der Gendarmerie entgegengeworfen hätten.

Nach sechs Uhr abends wurde die Verhandlung unterbrochen und auf kommenden Dienstag vertagt; wahrscheinlich wird an diesem Tage schon das Urteil gefällt werden.

Beschlüsse der Internationale.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die Samstag und Sonntag unter dem Vorsitz Emile Vandervelades in Zürich tagte, hat den Bericht der gemeinsamen Kommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes über

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

entgegengenommen und auf Antrag Grimms (Schweiz) folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Exekutive der SAJ. nimmt Kenntnis von den Resolutionen der von der SAJ. und dem IGB. eingesetzten Kommissionen zur Beratung der Krisen- und Arbeitslosigkeitsprobleme und erklärt sich mit den aufgestellten Richtlinien und Forderungen einverstanden.

2. Die Exekutive der SAJ. fordert die internationale Arbeiterklasse auf, den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen energisch aufzunehmen und ihn im Bewußtsein zu steigern, daß die gegenwärtige Krise des Kapitalismus immer dringender die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur unausweichlichen Notwendigkeit macht.

Im Zusammenhang damit faßte die Exekutive auf Antrag Otto Bauers folgenden Beschluß über die

Verkürzung der Arbeitszeit:

Die Exekutive begrüßt die von der gemeinsamen Kommission des IGB. und der SAJ. zur Prüfung der Arbeitslosigkeit beschlossene Forderung nach der Fünftagewoche.

Je mehr mit der Rationalisierung der Arbeitsverfahren die natürlichen, spontanen Arbeitspausen ausgemerzt wurden, je ununterbrochener, hastiger und eintöniger die Arbeit wird, desto dringender notwendig wird die weitere Verkürzung der Arbeitszeit.

Je größer die Arbeitslosigkeit ist, desto unerträglicher ist der Widerspruch, daß die beschäftigten Arbeiter zu höchster Anspannung der Arbeitskraft gezwungen werden, während neben ihnen Millionen Arbeiter überhaupt nicht beschäftigt werden.

Die Kurzarbeit, die die Unternehmer in der Zeit der Wirtschaftskrise häufig anwenden, ist nur eine vorübergehende Maßregel. Da sie nicht mit einer Erhöhung der Stunden- und Akkordlöhne verbunden ist, erfolgt sie auf Kosten der Arbeiter.

Die Exekutive würdigt es als einen Akt proletarische Solidarität, daß die Arbeiter häufig dieser Kurzarbeit zustimmen, um zu verhüten, daß ein Teil ihrer Kollegen arbeitslos wird oder arbeitslos bleibt. Die Exekutive fordert, daß diese Methode der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dadurch erleichtert werde, daß den Kurzarbeitern für die Tage, an denen sie feiern, die Arbeitslosenunterstützung zuerkannt werde.

Aber die Forderung nach der Fünftagewoche, die die SAJ. stellt, darf nicht mit der Kurzarbeit verwechselt werden.

Die SAJ. fordert die dauernde Verkürzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden wöchentlich bei gleichzeitiger Erhöhung der Stunden- und Akkordlöhne in solchem Ausmaß, daß die Wochenverdienste der Arbeiter durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht geschmälert werden.

Die internationalen Konkurrenzverhältnisse machen es unmöglich, dieses Ziel im einzelnen Lande isoliert zu erreichen. Es kann nur durch eine internationale Aktion erreicht werden.

Die SAJ. täuscht sich nicht darüber, welche Hindernisse einem Erfolg dieser Aktion entgegenstehen, solange die internationale Wirtschaftskrise andauert. Sie hält es aber für notwendig, jetzt schon durch energische Propaganda den Willen der Arbeiter aller Länder zur Erkämpfung der Fünftagewoche bei vollem Lohnausgleich zu wecken und zu stärken, damit jede Besserung der wirtschaftlichen und der politischen Konjunktur ausgenützt werde, diesem Ziele näher zu kommen.

Gleichzeitig dies, ja mich die Fünftagewoche schließlich ebenso erkämpft werden, wie der vom Internationalen Sozialistenkongreß zu Paris 1889 als Kampfziel verkündete Achtstundentag schließlich erkämpft worden ist.

Die Exekutive ersucht daher ihr Sekretariat und die der SAJ. angeschlossenen Parteien, im Einvernehmen mit dem IGB. jede Gelegenheit zur Propagierung dieses Kampfzieles wahrzunehmen.

Diese Propaganda darf aber die sozialistischen und Arbeiterparteien nicht hindern, mit aller Energie die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag anzustreben. Die Sicherung der bisherigen Errungenschaften der Arbeiterklasse durch internationale Verträge wird den Ausgangspunkt sichern für den Kampf um die weitere Verkürzung der Arbeitszeit.

Politische Fragen.

Die Exekutive hat einen von de Brouckere (Belgien) erstatteten Bericht ihrer Völkerbundkommission über aktuelle Fragen der Völkerbundpolitik genehmigt.

Die Exekutive hat einen von Albarda (Niederlande) erstatteten Bericht ihrer Abrüstungskommission entgegengenommen. Angesichts der für das Jahr 1932 in Aussicht genommenen internationalen Abrüstungskonferenz hat die Exekutive beschlossen, eine gemeinsame Kommission mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund einzusetzen, die Vorschläge zu erstatten haben wird, mit welchen Mitteln die internationale Arbeiterbewegung den stärkstmöglichen Druck auf die Internationale Abrüstungskonferenz und auf die auf ihr vertretenen Regierungen üben soll, um eine wirkliche internationale Abrüstung durchzusetzen. Diese Kommission wird noch vor dem Wiener internationalen Kongreß tagen.

Die Exekutive hat Berichte über die Lage in Italien und in Polen entgegengenommen.

Die Exekutive hat sich auch diesmal wieder mit den Fragen Indiens beschäftigt. Sie hat eine Resolution beschlossen, die die Hoffnung ausdrückt, daß die gegenwärtigen Verhandlungen zu einem wesentlichen Schritt auf dem Wege zur vollen Selbstregierung Indiens führen werden, aber den schärfsten Protest dagegen erhebt, daß nach den Absichten der bürgerlichen indischen Parteien die neue Verfassung Indiens die Arbeiter und die armen Bauern vom Wahlrecht ausschließen soll. Die Exekutive hat beschlossen, diesen Protest zur Kenntnis des indischen Nationalkongresses zu bringen.

Ein Brief an die Sowjetregierung.

Auf Beschluß der Exekutive sendete der Vorsitzende Vandervelde ein Schreiben an den Rat der Volkskommissäre in Moskau, in dem darauf hingewiesen wird, daß der „Vorwärts" ein Telegramm der Sowjetagentur veröffentliche, wonach die Untersuchung wegen der konterrevolutionären Organisation eines angeblichen Büros der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) beendet sei und die Angelegenheit in wenigen Tagen dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion zugewiesen werde. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale wisse, daß die russische Sozialdemokratie im Kampfe gegen die bolschewistische Diktatur jede konterrevolutionäre Intervention und alle Aufstandsversuche in der entschiedensten Weise bekämpfe. Unter diesen Umständen sei es ein schändlicher Mißbrauch der Gewalt, wenn man diese Männer der revolutionären Justiz überantwortet. Die Exekutive stelle fest, daß die Bolschewiki durch dieses Vorgehen die verhängnisvolle Spaltung der internationalen Arbeiterklasse nur immer mehr vertiefen, obwohl es ein Lebensinteresse der Arbeiterklasse wäre, in allen Ländern gegen die Macht der Reaktion, die sie bedrohe, Front zu machen.

Der internationale Sozialistenkongreß in Wien.

Die Exekutive hat sich dann mit der Vorbereitung des internationalen Sozialistenkongresses in Wien beschäftigt und die Zulassungsbedingungen zum Kongreß festgestellt.

Der Kongreß wird am 25. Juli beginnen. Vor ihm wird am 23. und 24. Juli die internationale sozialistische Frauenkonferenz tagen.

Auf die Tagesordnung des Kongresses hat die Exekutive gesetzt:

1. Der Kampf um die Abrüstung und gegen die Kriegsgefahr;

2. die allgemeine Lage der sozialistischen Bewegung und der Kampf um die Demokratie;

3. die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit;

4. Bericht der internationalen Frauenkonferenz;

5. Bericht der Exekutive und des Sekretariats der Internationale.

Die nächste Sitzung der Exekutive findet, wenn nicht politische Ereignisse eine frühere Einberufung erfordern sollten, vor dem Kongreß in Wien statt.

Wirtschaftsbericht des Bankrates.

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 24. d. seine ordentliche Monatssitzung unter Vorsitz des Vizegouverneurs Prof. Dr. Brdlik ab. Im Berichte wird hervorgehoben, daß es bei allen Gruppen der Geldinstitute mit Rücksicht auf die Flüssigkeit des Geldmarktes zur Herabsetzung der Zinssätze gekommen ist. Die Großhandelsindices wiesen für Jänner einen Rückgang bei dem Industrieindex und einen mäßigen Aufstieg bei dem Nahrungs- und Genußmittelindex unter gleichzeitiger mäßiger Senkung der Futtermittelpreise auf, so daß die Preisschere-spanne sich einigermaßen verringert hat. Der Rückgang des Index der empfindlichen Preise ist hauptsächlich auf die sinkende Tendenz der Holzpreise zurückzuführen. — In der Landwirtschaft herrscht Saisonruhe. Der Stand der Wintersaaten ist bei dem bisherigen Verlaufe des Winters gut. — In der Beschäftigung der Industrie spiegeln sich die Folgen der toten Saison in den ersten Jahresmonaten, welche heuer noch durch die starke allgemeine Depression gesteigert wurden, wider. Aus verschiedenen Anzeichen (vorbereitete Investitionsarbeiten, öffentliche Lieferungen, Ergänzungen der Lagerbestände) konnte man schließen, daß in den nächsten Monaten vielleicht mit einer mäßigen Besserung der heutigen Lage gerechnet werden könnte, wenn keine wesentliche Verschlechterung der internationalen wirtschaftlichen Relation eintritt.

Die sozialdemokratischen Frauen kämpfen für Recht, Freiheit, Fortschritt und rufen alle Frauen zum

Internationalen Frauentag.

Die Verhaftung des „Cyankali“-Dichters.

Der Kampf um den Paragraphen 218 (unseren 144!). — Hat sich Friedrich Wolf strafbar gemacht? — Verfahren gegen Hunderte von Frauen?

Berlin, 24. Feber.

Es erscheint fraglich, ob die Stuttgarter Staatsanwälte Kuhhorst und Hagedorn der Sache der Justiz und des Staates einen guten Dienst erwiesen haben, als sie beschlossen, auf Grund einer Denunziation den Dichter-Arzt Friedrich Wolf und Frau Dr. Kienle-Jacobowitz zu verhaften. Der Verdacht, der gegen den bekannten Arzt und Dramatiker geäußert wurde, ließ die Herren Staatsanwälte darauf schließen, daß Friedrich Wolf in zahlreichen Fällen Atteste für Schwangerschaftsunterbrechungen ausgestellt hatte — Atteste, denen zufolge Frau Dr. Else Kienle-Jacobowitz die entsprechenden operativen Eingriffe vornahm.

Dr. Wolf gibt den Tatbestand als solchen ohne weiteres zu, behauptet aber, sich nicht strafbar gemacht zu haben. Das hieße also, daß er die Schwangerschaftsunterbrechung nur dann befürwortet habe, wenn diese aus medizinischen Gründen statthaft sei. Bekanntlich läßt der Paragraph 218, gegen den Wolf in seinem Drama „Cyankali“ in so deutlicher und erschütternder Weise polemisiert hat, was eben auch zur Folge gehabt haben mag, daß sich viele Frauen in ihrer Not an den ihnen nun so bekannten Dichterarzt wandten, die medizinische Indikation gelten: sie liegt dann vor, wenn Schwangerschaft und Geburt Leib und Leben der Schwangeren bedrohen. Indessen wird die soziale Indikation von der Justiz nicht anerkannt. Das bedeutet, daß die größte wirtschaftliche Not und das größte Elend einen Arzt nicht veranlassen darf, eine Abtreibung zu unternehmen oder Wege zu ihr zu weisen — das Kind muß ausgetragen werden. Diesen unhaltbaren Standpunkt gilt der Kampf aller Geistesfreien gegen den Paragraphen 218 — ein Kampf, der gleichzeitig ein Feldzug gegen die Heuchelei ist, denn es ist altbekannt und gut erklärlich, daß der, der Geld hat, trotzdem Mittel und Wege findet, die unerwünschte Leibesfrucht beseitigen zu lassen, während nur die Aermsten der Armen als Opfer auf der Strecke bleiben. Sei es, daß plötzlich der Paragraph 218 strafende Gestalt annimmt; sei es, daß die Furcht vor diesem Paragraphen unglückliche Frauen in die ungeschickten und schmutzigen Hände dunkelster Engelmacherinnen treibt.

Friedrich Wolf, auch sonst begabter und anerkannter Dichter von ehrlichem Wollen (in „Cattaro“ schrieb er ein deutsches Revolutionsdrama), hat, wie schon gesagt, in seinem „Cyankali-Drama“ gegen die Unwürdigkeit der durch den Paragraph 218 geschaffenen Verhältnisse protestiert. Sein praktischer Protest, so behauptet er wenigstens, sei indes nicht gesetzwidrig gewesen; das ist also, wie ausgeführt, wohl so zu verstehen, daß er und Frau Dr. Kienle-Jacobowitz sich nur von medizinischen Gesichtspunkten, nicht aber von speziell-sozialen haben leiten lassen. Das Gericht, das zurzeit noch über den von den Anwälten Wolfs eingereichten Haftprüfungstermin zu entscheiden hat, wird jetzt vermutlich untersuchen, wieweit die Verhafteten in ihrer Praxis den Begriff „medizinisch“ gefaßt haben, und welche Auslegung sie ihm gaben. Natürlich ist es möglich, daß das weite Herz des Dichters seine praktische Ergänzung in recht weiter Begriffsbestimmung findet. Also ist es auch möglich, daß das, was Dr. Wolf und seine Kollegin getan haben, zur Anklageerhebung und zu einer Verurteilung führt — zumal die Stuttgarter Justiz sich nicht gerade des Rufes erfreut, die menschlichste zu sein. Aber das wissen wir ja auch: eine höhere Gerechtigkeit denkt anders als die Stuttgarter.

Zurück zu Herrn Kuhhorst. Er hält, wie man erfährt, den Tatbestand deshalb für besonders belastend, weil nach seiner Meinung Gewerbsmäßigkeit vorliegt. Für die Ausstellung der Atteste soll Dr. Wolf Honorare bis zu sechs Mark genommen haben, auch soll Frau Dr. Kienle-Jacobowitz für ihre operativen Eingriffe bezahlt worden sein. Tatsächlich aber dürfte diese Belastung durch „Gewerbsmäßigkeit“ dann gar keine mehr sein, wenn eben überhaupt nichts Strafbars unternommen worden ist. Insbesondere kann Frau Dr. Jacobowitz für sich geltend machen, daß alle von ihr behandelten Fälle gut abgelaufen sind — kein Zweifel: hätte sie ihre Hilfe verweigert, so wären in so und so vielen Fällen Eingriffe durch ungeübte Kurpfuscherhände vorgenommen worden — wer will wissen, ob nicht hier und da mit Todesfolgen?

Gerade diese letzte Frage ist in ähnlich gelagerten Fällen schon so und so oft gestellt worden, und es kommt einem fast banal vor, sie immer wiederholen zu müssen. Sollte indes der bevorstehende Stuttgarter Prozeß in allen seinen Konsequenzen durchgeführt werden, so wird mit aller wünschenswerten Deutlichkeit das Ungeheuerliche klar werden, das darin liegt, wenn ein übereifriger Staatsanwalt versuchen will, den Tatbestand der offenbar medizinischen Indikation zum Tatbestand der sozialen und somit strafbaren zu machen. Wie man erfährt, sind nämlich die ärztlichen Journale und Kartotheken der Frau Dr. Jacobowitz von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden, die damit im Besitz aller Adressen der nach ihrer Meinung belasteten Frauen ist. Mag dieser Gedanke auch peinlich erscheinen — darin, daß es sich hier um die Adressen von Hunderten von Frauen handelt, dürfte wiederum die Garantie für einen letzten Endes humanen Ausgang des Verfahrens liegen.

Das steht jedenfalls fest: wir werden nicht davon ablassen, die Existenz des Abtreibungsparagraphen im Strafgesetzbuch prinzipiell zu bekämpfen, wie wir auch, solange der Bürger noch lebt, nicht ermüden werden, seine Inkraftsetzung durch bürokratische und antisoziale Richter zu überwachen — das größere Ziel dabei vor Augen: Kampf für ein im Sozialismus gewährleistetes gerechteres Sein, das die ganze Problematik des unerwünschten Lebens überhaupt nicht kennt!

Tagesneuigkeiten.

Die blutige Internationale.

Creuzot und Krupp.

In der französischen Kammer sagte der sozialistische Abgeordnete Paul Faure am 28. November 1930:

„Hat man nicht in der Rif-Armee (Marokko) funkelnagelneue Creuzot-Kanonen gefunden? Vor dem Kriege waren Schneider (franz. Rüstungsindustrieller) und Krupp an derselben Fabrik in Rußland, den Putiloff-Werken, beteiligt. Ich habe sogar in meinen Akten eine Photographie, die die Familie Schneider mit dem deutschen Kaiser zusammen auf einer Yacht zeigt. Wo sind die Vermögen unserer Kanonenfabrikanten? Sind sie an einer nationalen Wirtschaftspolitik beteiligt? Nein — sondern Herr Eugen Schneider ist Vizepräsident der Skodawerke (Tschechoslowakei), er ist im Verwaltungsrat der österreichischen Industriebank, er ist auch Verwaltungsmitglied einer anderen österreichischen Bank.“

Holländische Granaten.

Herr Pfarrer Hugenholtz, Vorstand der Stiftung „Nationale Friedens-Aktion“ in Holland, veröffentlicht in „De Wapens neder“ folgenden Brief, den er erhalten hat:

Den Haag, 27. Juni 1930.

„Mein Herr!

Wissen Sie, daß die Artilleriewerkstätten in Hembrug für Zehntausende von Gulden Munition liefern an die Holländische Industrie- und Handelsgesellschaft im Haag?

Wissen Sie, daß diese Gesellschaft das von ihr hergestellte Geschütz nebst den von den Artilleriewerkstätten bezogenen Geschossen an eine fremde Macht exportiert, nämlich China?

Wissen Sie, daß es also nicht ausgeschlossen ist, daß bei einem etwaigen kriegerischen Konflikt im Fernen Osten niederländische Soldaten mit Granaten beschossen werden, die in einem niederländischen Staatsbetrieb hergestellt wurden?

L. E. K.“

Man sieht, es ist in den kleinen Ländern nicht anders als in den großen.

Ein Inserat.

„Für 2 militärtechnische, der gesamten Kriegsindustrie sehr wichtige Erfindungen, praktische und wissenschaftliche Prüfungen durch maßgebende Heeresstellen hat einschneidende, weittragende Bedeutung ergeben, wird Finanzverbindung gesucht. Horcher- und Schnüfflerzuschriften zwecklos. Offerten unt. F. R. 8321. Rudolf Mosse, Berlin SW 100.“

„Berliner Tageblatt“ 14. V. 30.

Die Rüstung jenseits und diesseits der deutschen Grenzen.

Auf je 10 Kilometer gemeinsame Grenzen können aufmarschieren lassen:

	Mann	Geschütze	Maschinengewehre	Kampfwagen	Flugzeuge
Frankreich	69.122	51	576	41	35
Belgien	38.421	38	282	11	15
Polen	11.188	9	54	1	5
Tschechoslowakei	8.566	7	50	—	3
Deutschland	243	3.7	2	—	—

Das elegante Baby.

Die Eleganz der Allerjüngsten besteht in einer stilvoll uniformierten Pflegerin und einem herrlich federnden Kinderwagen — im übrigen in weich gestrickten Höschen.

So lautet der Text zu einem Bilde in einer eleganten Modezeitschrift. Links sieht man den „schnittigen“ Kinderwagen, rechts die elegante Wärterin und im Hintergrunde das Baby. Ob seine Hose gestrickt oder gehäkelt ist, ob weich oder hart, läßt sich auf dem Bilde nicht erkennen — nicht einmal, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist.

Vielleicht ist das alles auch ganz Nebensache. Und sicherlich ist der Säugling nur Mittel zum Zweck. Was sollte die gnädige Frau ohne ein Kind anfangen. Womit sollte sie ihre Zeit totschlagen . . .

*

Gewiß, sie braucht ihren Sohn oder ihre Tochter nicht selbst zu nähren — dafür hat sie eine Amme. Sie braucht die Windeln nicht zu waschen — dafür hat sie ein Dienstmädchen. Sie braucht den Sprößling nicht an die Luft zu führen — dafür hat sie eine Wärterin.

Aber sie kann anordnen, sie kann befehlen, sie kann disponieren, sie kann regieren. Das alles zusammen ergibt erst die mondäne Frau. Und dazu braucht man Personal, viel Personal. Und hierzu verhilft einem wiederum so ein neugeborenes Kind.

Und bitte, nicht mehr als eins — sonst kommt die Geschichte auf die Dauer zu teuer. Bei minderbemittelten Eltern ist das ja etwas ganz anderes. Diese brauchen keine Amme, keine Pflegerin und keinen modernen Kinderwagen. Sie können also auch ruhig viele Kinder in die Welt setzen. Wenn man kein Bett für sie hat, lege man sie in eine Krippe. Und wenn man keine Wohnung hat, kampiere man im Stall. Das geht ganz gut. Man lese es nach im Evangelium . . .

*

Stilvoll uniformierte Pflegerinnen, herrlich federnde Kinderwagen, weich gestrickte Höschen — das sind nur Attribute einer Dame von Welt, die sich aufopfert, um den Anschluß an die jeweils neueste Mode nicht zu verpassen.

Lawinenunglück am Monte Rosa.

Zermatt 24. Feber. Am Monte Rosa sind drei deutsche Touristen von einer Lawine erfaßt worden. Einer von ihnen konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Es handelt sich um einen Baron Konrad von Tschammer, dessen Wohnsitz noch nicht bekannt ist. Eine Rettungskolonne ist Dienstag früh von Zermatt nach der Unfallstelle abgegangen.

Schulreform. Die Pädag. Reformkommission im Unterrichtsministerium beschäftigt sich augenblicklich mit der äußeren und inneren Gliederung der Volksschule. Nachdem in den vorhergegangenen Sitzungen die Grundzüge einer Reform unseres Kindergartens festgelegt worden waren, wurde am 21. Feber die Volksschule in Angriff genommen. Das 1. und 2. Schuljahr soll die Unterstufe, das 3. bis 5. die Mittel- und das 6. bis 8. Schuljahr die Oberstufe bilden. Die Unterstufe bildet mit dem Kindergarten eine gewisse psychologische Einheit, weshalb auch von nun ab das strenge schulmäßige Lernen — besonders in der 1. Klasse — der mehr spielenden Betätigung weichen soll; Lesen und Schreiben, bis jetzt in dem 1. Schuljahre gelehrt, werden auf die ersten zwei Schuljahre aufgeteilt. Das fünfte Schuljahr wird — je nach den entsprechenden Bedürfnissen (Begabung der Klasse u. ä.) — der Mittel- oder der Oberstufe eingereiht. Bei den Schulen mit Abteilungsunterricht wird an Bildung von Arbeitsgruppen für einzelne Gegenstände innerhalb derselben Klassen gedacht, wobei Kinder der niederen Abteilung mit Schülern der höheren Abteilung gemeinsam arbeiten. Die Unterstufe entbehrt noch der Gliederung des Stoffes in Gegenstände (Gesamtunterricht), in der Mittelstufe lösen sich Rechnen, Lesen von der Heimatkunde los, die Oberstufe enthält bereits die Gegenstände gesondert. Als Ziel wurde gestellt, der Oberstufe eine solche Gliederung zu geben, daß die Ueberleitung in eine Bürgerschule weiter keine Schwierigkeiten bereitet. Die Aufteilung der einzelnen Schuljahre auf die Klassen bei den verschiedenen Schulgattungen enthält nur einige Abänderungen der bis jetzt bestehenden Aufteilungsart.

Tödlicher Rodelunfall in Karlsbad. Am Dienstag früh um dreiviertel 8 Uhr rodelte die elfjährige Volksschülerin Ruth Eckel mit einer Schulkollegin die Kunststraße in Karlsbad hinab. Bei der ersten Kurve kam dem Rodelschlitten das Personenauto des Karlsbader Advokaten Dr. Emil Hans Löw entgegen, welches vorschriftsmäßig auf der linken Seite fuhr. Die Kinder vermochten weder den Schlitten einzuhalten noch auszuweichen und fuhren in das Personenauto hinein. Ruth Eckel erlitt so schwere Verletzungen, daß sie bei ihrer Einlieferung in das Karlsbader Krankenhaus verschied.

Island von der Grippe erfaßt. Wie die Blätter aus Rejkjavik berichten, wütet auf ganz Island eine ungewöhnlich starke Grippe-Epidemie. Alle öffentlichen Versammlungen sind verboten. Die Schulen, Theater, Biographen, Tanzsäle u. ä. sind geschlossen.

Während eines Sturmes auf dem Schwarzen Meer strandete in der Nähe der bulgarischen Küste zwischen Burgas und Sozopol der italienische Dampfer „Camidolio“, der der Schiffahrts-Gesellschaft Lloyd Triestino gehört. Die Besatzung des Dampfers wurde von einem bulgarischen Schiff gerettet.

Hinrichtung einer Frau. In Bellefonte (Staat Pennsylvania) wurde am Montag eine 22jährige Frau und ihr Geliebter, die zusammen im Vorjahre einen Soldaten ermordet hatten, auf dem elektrischen Stuhle hingerichtet.

Im Palais des Reichspräsidenten Hindenburg versuchte sich Dienstag vormittag gegen 11 Uhr ein Mann mit einer Parabellumpistole zu erschießen. Er konnte von einem Kriminalbeamten an der Tat gehindert und festgenommen werden. Es handelt sich um einen Handlungsgehilfen namens Broll.

Verschüttetes Dorf. Von einer Lawine verschüttet wurde das Dorf Huelvo in Spanien. Mehrere Personen wurden getötet.

Nellie Melba gestorben. Nach längerem Krankenlager starb in Sidney die berühmte australische Sängerin Nellie Melba in ihrem 70. Lebensjahr. „Die australische Patti“ war eine der anerkanntesten Koloratursängerinnen; für sie schrieb Saint Saens die Titelpartie seiner Oper „Helène“.

„Heiße Leidenschaft“. Um ein großes Feuer zu sehen, hat ein 15jähriges Landmädchen in der Nähe von Nancy einen Bauernhof in Brand gesteckt. Als die Flammen hoch aufloderten, erklärte sie, von dem Schauspiel hoch befriedigt zu sein. Das Mädchen gestand, schon einmal ein Gehöft angezündet zu haben, nur um seiner Leidenschaft frönen zu können. Damals hatte sich das Mädchen so tatkräftig an den Rettungsarbeiten beteiligt, daß sie eine Medaille dafür erhielt.

Vom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Donnerstag.

Prag: 11.15 Schallplatten. 12.30 Mittagskonzert. 16.30 Kammermusik. 18.25—18.30 Deutsche Sendung. Dr. J. Thierberger: „Vom Wirkung und Wirklichkeit“. Prof. Dr. E. Schlund: „Die seelische Lage des modernen Gebildeten“. 19.20 Lieder-Abend. 21.00 Symphonie-Konzert. 22.30 Konzert. — **Brünn:** 15.00 Schallplatten. 12.30 Mittagskonzert. 18.20 Deutsche Sendung. Nachrichten. J. Shunda: „Frauen der Gegenwart in Selbstdarstellung“. — **Preßburg:** 12.30 Mittagskonzert. 13.30 und 16.00 Schallplatten. 17.30 Klavierkonzert. 18.15 Konzert. 22.20—23.00 Konzert. — **Breslau:** 18.30 Russische Tänze. — **Wien:** 18.00 Rechte der Hausgehilfin aus der Praxis der Schiedsgerichte. 20.45 Orch.

Drei Zuchthausgefangene erschossen. Bei einem Versuch, aus dem Zuchthaus von Joliet (Illinois) auszubrechen, wurden drei Zuchthäusler erschossen. Durch rechtzeitige Maßnahmen der Anstaltsbehörden konnte eine allgemeine Zuchthausrevolte verhindert werden. Dagegen war der nächtliche Fluchtversuch von 15 Schwerverbrechern aus der Strafanstalt Flory (Ariona) erfolgreich. Die Suche nach den Entwichenen war bisher ergebnislos.

Die Sorgen der Lady Owen. Vor den Geschworenen von Versailles begann am Montag ein Sensationsprozeß. Angeklagt ist wegen Totschlags eine der glänzendsten Erscheinungen der Pariser Gesellschaft „Lady Owen“, die vor Jahresfrist die Frau ihres Freundes, des bekannten Pariser Gesichtschirurgen Gostard, durch fünf Revolverschüsse schwer verletzte. Am Tage vor Beginn der Verhandlung hat Lady Owen an alle Pariser Redaktionen Briefe geschickt, in denen sie bat, man möge ihr Aeußeres nicht kritisieren und vor allem nicht feststellen, daß sie während der Untersuchungshaft dicker geworden sei. Auch lud sie zur Verhandlung eine Reihe von Pariser Freunden und Freundinnen ein. Die öffentliche Meinung ist der schönen und verschwenderischen Lady nicht sehr wohl gesinnt. Entgegen der sonst so reichlichen Freisprüche nach Eifersuchtsattentate ist man diesmal auf eine schwere Zuchthausstrafe gefaßt.

Fahrpreisermäßigung für Messebesucher auf den staatlichen Autobuslinien. Die Staatsbahndirektion Prag-Süd bewilligte auf den in ihren Bereich fallenden Autobuslinien bei Verwendung von Prager Messelegitimationen in der Zeit vom 21. bis 30. März l. J. ein Drittel Fahrpreisermäßigung. Dadurch ist auch den ständigen Benützern der staatlichen Autobuslinien ein wohlfeiler Besuch der Prager Frühjahrsmesse (22. bis 29. März 1931) ermöglicht.

Von einer Zentrifuge getötet. Wie uns aus Reichenberg gemeldet wird, verunglückte der in Altharzdorf beschäftigte Karboniseur Rudolf Wiener aus Prachatitz dieser Tage dadurch schwer, daß ihm durch Trümmer einer zersprungenen Zentrifuge erhebliche Verletzungen zugefügt wurden. Wiener wurde ins Reichenberger Krankenhaus gebracht, in welchem er nunmehr seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

Furchtbarer Unglücksfall. Aus Königsberg a. E. wird uns gemeldet: Der in der Grafenmühle bei Königsberg a. E. beschäftigte Müllergehilfe Hautmann, der aus einem kleinen Orte bei Deutschgabel stammt, ist einem furchtbaren Unglücke zum Opfer gefallen. Hautmann, der die Lager einer rotierenden Transmission ölen wollte, wurde von einem Haken an seinem Schale, den er um den Hals gewickelt trug, erfaßt und erdrosselt. Durch den herbeigerufenen Stadtarzt Dr. Kroh fand der Unglücksfall erst seine Aufklärung, da man zuerst annahm, daß Hautmann Selbstmord verübt hat.

Wieder Holzkohlenerzeugung im Böhmerwald. Infolge des großen Sturzes der Holzpreise beginnt in den entlegenen Gebieten des Böhmerwaldes, da sich ein Transport des Holzes zur nächsten Bahnstation nicht mehr lohnt, das uralte Gewerbe der Köhler wieder neu zu erwachen.

Ein Bettelmusikant erfroren. Der 59jährige Franz Stepanek, der seinen Lebensunterhalt durch Musikspiel von Haus zu Haus verdiente, wurde auf einem Felde in der Nähe Budweis als Leiche aufgefunden; Stepanek dürfte erfroren sein.

Geheimnisvolle Frauenmorde. Unweit der Straße von Richmond nach Washington (U. S. A.) fand ein Neger ein nacktes, weißes Mädchen tot auf. Es ist dies schon die vierte Frau, die auf eine geheimnisvolle Art in den letzten Wochen unweit von Washington den Tod fand.

Die Staatsbahndirektion Prag-Süd fertigt am 28. Feber einen Sportzug in das Adlergebirge für Skifahrer, Rodler und Touristen um den Preis von 100 Kč ab. In diesem Preis sind enthalten: die Reise hin und zurück, Nachtmahl, Nachtlager mit Beheizung, Frühstück, Mittagessen, Führung und Unfallversicherung. Der Zug wird von Prag nach Rokitnitz im Adlergebirge Samstag, den 28. d., um 14.30 Uhr vom Wilsonbahnhof abgefertigt. Die Rückkehr erfolgt Sonntag, den 1. März, um 22.30 Uhr. Vormerkungen gegen eine Angabe von Kč 20 und einer Einschreibgebühr von K 2 nimmt die Tageskassa Nr. 13 am Wilsonbahnhof entgegen.

Bevölkerungsregelung im Altertum. Einen eigentümlichen Brauch, um der Uebervölkerung ihres Landes vorzubeugen, übte in der Zeit des Römerreiches im Altertum das italienische Bergvolk der Samniter, der gefährlichsten Gegner der Römer. War das Land übervölkert, so wurden im Frühling die eben erwachsenen Jünglinge über die Grenze geführt als „heiliger Frühling“, den man den Göttern weihte. Den Weg wies ihnen ein Tier, das man voranlaufen ließ. Nach Kampanien sollen diese Ausgetriebenen von einem Stier geführt worden sein, ein anderes Mal von einem Wolf. Einmal soll ihnen auch ein Specht als Führer vorangeflogen sein. Diesen Brauch hat Uhland in seinem Gedichte „Ver sacrum“ („Heiliger Frühling“ oder „Frühlingsopfer“) geschildert.

Ein echt agrarischer Erguß.

Die Leitmeritzer „Deutsche Landheimat", ein landbündlerisches Organ, veröffentlicht in der Nummer vom 7. Feber unter dem Titel „Arbeitslos" einen Leitartikel, der die agrarische Engstirnigkeit in sozialen Fragen drastisch illustriert.

Die „D. L.", das Organ der Abg. Böhm und Heller, knüpft an eine kommunistische Arbeitslosendemonstration in Leitmeritz an. Es erklärt, ein großer Teil der Demonstranten hätte überhaupt kein Anrecht auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, da sie als Häusler selbst Besitz haben, weiters gehörten mindestens zehn Prozent der Demonstranten als arbeitsscheu ins — Arbeitshaus. Nach Aufzählung einiger Beispiele, welche die Arbeitsscheu vieler Arbeitsloser dartun sollen und nach Anrempelung der Saisonarbeiter, die sich auf Kosten der wirklich Arbeitslosen vordrängen, wird empfohlen, durch die — Gendarmerie, nicht durch die Gemeindeämter, die wirkliche Zahl der Arbeitslosen festzustellen. Es würde sich erweisen, daß die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Staat um einige Zehntausende sinke.

Das ehrenwerte Blatt, das Arbeitshaus und Gendarmerie gegen die Arbeitslosen mobilisieren möchte, empfiehlt weiters den Antrag des Abg. Böhm auf Abschaffung der Arbeit jugendlicher Personen in den Industriebetrieben. Dann heißt es in der „D. L." wörtlich:

„Nun heraus mit der Wahrheit. Zu einer wirklichen Arbeit will sich niemand mehr hergeben, die bleibt höchstens für die Bauern und ihre Angehörigen übrig, deren Not in der Gegenwart die eines manchen, sich als „arbeitslos" aufspielenden Demonstranten, oft vielfach übersteigt. Für die Not der heimischen Landwirtschaft will man bei den maßgeblichen Stellen kein Gehör aufbringen, während man sich vor den demonstrierenden Kommunisten zu fürchten scheint. Man möge bedenken, daß die Zahl der Steuerzahler und der arbeitsfreudigen Bewohner dieses Staates um ein vielfaches die der Radaumacher überwiegt und daß es auch einmal so weit führen kann, daß der ersteren Gruppe die Sache zu dumm wird.

Die Arbeiter mögen wissen, daß wir nicht ihre Feinde sind, wenn wir Arbeitsmöglichkeiten erschließen wollen, um sie vor Hunger und Not zu schützen. Warum kommt niemand zur Landwirtschaft und arbeitet hier in ehrlicher Weise um einen Geldlohn, der nicht gering bezeichnet werden darf und außerdem noch durch einen weit höheren Naturallohn ergänzt wird?

Der Krise der Arbeitslosigkeit ist nicht durch Mildtätigkeit, sondern nur durch Arbeitswilligkeit beizukommen, und wer in diesem Sinne die Menschen vor Not und Elend retten will, der wird in uns stets aufrichtige und auch opferbereite Bundesgenossen finden."

Daß die „Deutsche Landheimat" die Arbeitslosen indirekt als faul und arbeitsscheu hinstellt, da hingegen lediglich den Bauer als fleißig bezeichnet, ist eine recht agrarische Demagogie. Ebenso stehts mit der Behauptung, daß die Not der Bauern die der Arbeitslosen „oft vielfach übersteigt". Der Bauer hat wenigstens zu essen und kennt den nagenden, zermürbenden Hunger nicht, der in den Reihen der Arbeitslosen vorhanden ist. Es ist auch eine pure Heuchelei, wenn man den Arbeitslosen den Vorwurf macht, daß niemand zur Landwirtschaft kommt. Ausgerechnet jetzt, wo die Landwirtschaft selbst möglichst die Arbeitskräfte abstößt und die Löhne um 15 Prozent zu kürzen sucht! Der Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft ist in der Arbeitssaison im Verhältnis zur großen Zahl der Beschäftigungslosen gering. Wohin will man übrigens auch mit den jugendlichen Personen, die nicht in die Industrie gehen sollen? Die Arbeitswilligkeit der hunderttausende Arbeitslosen ist wirklich vorhanden, aber die Landwirtschaft kann am allerwenigsten ihnen Brot und Existenz geben. Hat die „D. L." keine Ahnung von der vielbeklagten Landflucht, von der Tatsache, daß das Dorf nicht alle Bewohner ernähren kann und ein großer Teil davon in der Industrie Unterschlupf suchen muß? Ist doch manch Bauernsohn darunter!

Der ganze Artikel der „D. L." zeigt unter der Maske der „Arbeiterfreundlichkeit" jene soziale Kurzsichtigkeit, die den kapitalistisch eingestellten Agrariern seit jeher eigen ist. Daß bei einer solchen Einstellung die Arbeitslosen gerade von agrarischer Seite nichts zu erwarten haben, ist einleuchtend.

Wiener Geschichten.

Nur die kleinen Geschäfte sind ehrlich.

Der Wiener Maler Schödl — um die Jahrhundertwende dort sehr bekannt — galt als Original. Ein paar seiner Aussprüche sind in Wien fast sprichwörtlich geworden.

„Wirklich ehrlich sind doch nur die kleinen Geschäfte! Gestern hab ich mir ein bisserl was eingekauft: Delikatessen am Graben, Brot beim Peter, Zigarren in der „Spezialitäten" — lauter erstklassige Geschäfte. Wie ich wieder z'haus bin, merk ich, daß ich meinen Regenschirm nimmer hab'!

Ich geh also in die Delikatessenhandlung, zum Peter, in die „Spezialitäten" — keiner hat von was wissen wollen! Da is mir eing'fallen, daß ich mir beim Greisler ein Bier mitgenommen hab' — ganz a kleiner Greisler bei mir ums Eck. Und der hat mir meinen Schirm glei' geben! Ich sags ja — nur die kleinen Geschäfte sind ehrlich."

Beerdigung.

Kurz nacheinander muß Schödl bei Beerdigungen guter Bekannter teilnehmen und bemerkt erschüttert zu einem Freunde:

„Ich weiß net, jetzt sterben in Wien Leut', die was früher gar net g'storben sind!"

Die Witwe.

Schödl hat einen guten Bekannten, dessen Frau seit Jahren schwer leidend ist. Dieser gesunde, kräftige Mann stirbt plötzlich am Herzschlag. Im Trauerhause erkundigt sich Schödl leise nach der Witwe. — „Die war den Aufregungen nicht gewachsen und mußte in ein Sanatorium gebracht werden", wird ihm bedeutet.

Schödl nickt verständnisvoll mit dem Kopf: „Ich had immer gesagt, die Frau ist viel kränker als der Mann."

Direktoren.

„Warum eigentlich", fragt in Wien jemand, „haben die Banken Gitter vor ihren Fenstern?"

„Damit sich die Herren Direktoren gewöhnen."

Der Presseprozeß als Zeitdokument.

Was der Fall Stříbrný alles zu Tage brachte. — Vertagt zum 17. März.

Prag, 14. Feber. Die Ehrenbeleidigungsklage des Abg. Stříbrný gegen seine nationalsozialistischen Widersacher hat zu einem Prozeß geführt, der Dinge zu Tage bringt, hinter denen der eigentliche Anlaß in den Hintergrund tritt. Wo man ihn packt, da ist er interessant. Dieser Prozeß sagt uns über unsere Zeit mehr, als hundert kritische Bücher vermöchten. Die Zergliederung einer angeblichen Kohlenschiebung entrollt die Geschichte des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1923, wir blicken hinter die Kulissen des Kampfes, wir sehen die Internationale der Händler und Unternehmer am Werk, wir erleben das komisch-groteske Schauspiel, daß ein hervorragender Vertreter dieser kommerziellen Internationale vor dem Gerichte als nationalistischer Eiferer auftritt — aber nein! Wir wollen ohne Kommentar einfach die Tatsachen registrieren. Sie sprechen für sich selbst.

In der heute fortgesetzten Verhandlung tritt zunächst der Zeuge Wilhelm Balek auf, auf dessen Einvernahme der Verteidiger, der ihn geführt hat, verzichten will, weil er ihn irrigerweise als Mitglied der Aktivkontrolle angesehen hat. Der Ankläger gibt seine nach der Prozeßordnung zu dem Verzicht nötige Zustimmung nicht und befragt den Zeugen selbst. Dieser weiß zur Sache selbst nichts auszusagen.

Hierauf wird unter Eid Albert Dunovský, Beamter der Firma „Union", der die Mutowitzer Gruben gehören, einvernommen. Er weiß nichts davon, daß im Jahre 1923 der Staat geschädigt wurde. Der eine der beiden Firmeninhaber, Janeček, hat vom Streikkomitee für sein Bergwerk eine Ausnahme vom Generalstreik erreicht. Es darf dort gearbeitet werden, aber ausschließlich für Export. Tatsächlich geht auch die gesamte geförderte Kohle nach Oesterreich (zu Exportpreisen, die niedriger sind, weil für Exportkohle keine Umsatzsteuer gilt). Allerdings rollt sie von dort nach Böhmen zurück und wird an die Staatsbahn verkauft. Außerdem beliefert die „Austro-Böhmische Kohlenhandelsges." in Wien die Bahn noch mit anderen Kohlen. Angeblich auch mit englischen. Die Kohlenzüge fahren bis Gögfritz, eine Station unweit der tschechischen Grenze, und dann rollt der ganze Zug wieder nach der Tschechoslowakei. Die „Exportkohle" ist zur „Importkohle" geworden, wird als Auslandskohle fakturiert, wobei in einem Fall der „Fehler" geschieht, daß die Fracht Triest-Göpfritz verbucht wird. Ob solche Fälle mehrfach vorgekommen sind, weiß der Zeuge nicht. Ein Fall wurde von der Kontrolle beanständet, der Zeuge wurde von seinem Chef beauftragt, ihn richtigzustellen. Näheres weiß er nicht.

Die Frage des Klägers, ob sein Bruder Franz Stříbrný mit der Firma „Union" in Verbindung gestanden ist, verneint er.

Klar werden alle Zusammenhänge durch die Aussage des Industriellen und Großunternehmers Stejskal, Mitinhabers der Firma „Union" und anderer Firmen, darunter auch der „Austro-Böhmischen" in Wien. Das Verhör dauert fast zwei Stunden. Sein Inhalt ist etwa folgender:

Trotz des lange dauernden Streiks, war die Eisenbahnverwaltung bezüglich ihrer Kohlenvorräte sehr zuversichtlich. Sie hatte aber vergessen, den „Schwund durch Sonne, Regen und Diebstähle" in Rechnung zu ziehen und geriet Ende September in schreckliche Verlegenheit, so daß sich sogar Lokomotiven unterwegs aushelfen mußten, um ihre Fahrt beenden zu können. Der Zeuge als Kohlenfachmann und Lieferant der Bundesbahnen rät im Ministerium, die Hilfe der österreichischen Bahnverwaltung anzurufen. Eine Deputation rast im Auto nach Wien. Um Mitternacht eingetroffen, konferiert man sofort mit den Vertretern der Bundesbahndirektion. Alle irgendwie verfügbare Kohle soll nach der Tschechoslowakei rollen. Telephonisch genehmigt das Prager Ministerium die Vereinbarung. Als Lieferant tritt die 1922 gegründete „Austro-Böhmische" (an der Herr Stejskal beteiligt war) in Wien auf, die eine 5—6prozentige Provision erhalten soll.

Unverzüglich beginnen die Transporte. Die Bahnverwaltung trifft auch mit der Mutowitzer „Union" eine Vereinbarung. Man liefert die vom Streikausschuß bewilligte Exportkohle nach Göpfritz, dort wird sie als englische Kohle deklariert und fakturiert, ein österreichischer Eisenbahnbeamter klebt die entsprechenden Zettel auf die Waggons, und versieht die Papiere mit der Stampiglie „Südbahn".

Deklariert wird eine beliebige Ausgangsstation (Wien bezw. Triest), verrechnet wird aber bloß die Strecke Mutowitz—Göpfritz. So ist die Mutowitzer Kohle glücklich Auslandskohle geworden, „unter Einverständnis des Eisenbahnministeriums und der Bundesbahndirektion", wie der Zeuge betont. Geschädigt wurde der Staat nicht, im Gegenteil, er kaufte die Kohle zu Exportpreisen (nicht ganz 21 K statt 26.— pro Zentner!)

Beide Bahnverwaltungen haben also fingierte Transportpapiere ausgestellt. So war der Streik unschädlich gemacht worden und wurde abgebrochen.

Freilich wurde die Austro-Böhmische und mit ihr auch der Teilhaber Stejskal ihrer Geschäftsverbindung nicht froh. Als die Not vorbei war, weigerte man sich in Prag, die letzten Kontingente der angesprochenen Kohlenmenge abzunehmen. Die gefällige „Austro-Böhmische" war ruiniert und mußte liquidieren. Herr Stejskal selbst verlor dabei etliche Millionen und Minister Stříbrný lehnte „brüsk" den Schadenersatz ab. Endlich borgten die dankbaren österreichischen Bundesbahnen ihrem alten Lieferanten 6 Millionen Kč, womit er sich sanieren konnte. Außerdem bekam er von der Prager Bahnverwaltung dann verschiedene Aufträge.

Der Verteidiger will wissen, wie es sich mit den Frachtrechnungen für die Strecke Triest—Göpfritz verhält. Der Zeuge erklärt, es habe keine Gefahr bestanden, daß der Staat zu Schaden kommt, weil alle Stellen wußten, daß die angebliche englische Kohle fingiert ist und solche Rechnungen nicht honoriert hätten.

Was für eine Qualität die Mutowitzer Kohle habe? (In dem inkriminierten Artikel war sie als „brak" = Schund bezeichnet worden.) — Der Zeuge ist von heiligem Zorn erfüllt. Das alles sind gehässige Ausstreuungen der Konkurrenz, „er muß es offen heraussagen — des deutsch-jüdischen Kapitals", denn „diese gewissen Herren sind in unserer Republik zu groß geworden", sagt etwa Herr Franz Stejskal, Lieferant und Geschäftsfreund der deutsch-österreichischen Bundesbahnen, Mitbegründer einer Wiener Firma usw., in schöner, nationaler Entrüstung. —

In der Prozeßsache selbst ist also wenig Material zum Vorschein gekommen. Der beantragte Zeuge Janaček, Teilhaber der „Union", ist schwer krank. Und der Hauptzeuge Polatschek, der von der „Austro-Böhmischen" als Verrechnungsbeamter zum Ministerium nach Prag geschickt wurde und wohl über alles am besten Bescheid weiß, seit Jahren verschollen. Nach Aussage des Herrn Stejskal hat er vor einigen Jahren aus „Indien oder Japan" geschrieben.

Der Verteidiger beharrt aber auf seiner Ladung. Das Gericht beschließt, ihm eine Frist von 14 Tagen zur Namhaftmachung der Adresse des Vermißten zu gewähren und vertagt die Verhandlung zum 17. März, an welchem Tage sie endgültig ausgetragen werden soll. Beide Parteien nahmen den Beschluß zur Kenntnis. rb

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Gewogener Lebensmittelindex. Der vom Statistischen Staatsamt für die mittlere Woche des Jänner 1931 erhobene Lebensmittelindex auf der Grundlage der Vorkriegspreise (VII. 1914 = 100) wird in Nr. 2 der „Preisbericht", Jahrgang 1, 1931, veröffentlicht; er verzeichnet ein Sinken um 1.4 Prozent. Eine Ausnahme im allgemeinen Sinken der Lebensmittelpreise bilden bloß Kartoffeln, die sich um 3.7 Prozent verteuert haben, ferner Gemüse und Obst. Der Preisrückgang stellt sich bei Brotmehl auf 0.6 Prozent, bei Weißbrot 1.3 und Schwarzbrot 1.6 Prozent, bei griffigem inländischen Weizenmehl 1.5 und bei glattem Weizenmehl 0.6 Prozent. Auch alle Fleischsorten haben sich verbilligt: vorderes Rindfleisch um 2.5, hinteres 2.1 Prozent, Schweinefleisch: Bauchfleisch 5.7, Bratenfleisch 4.2 Prozent; Kalbfleisch 2.6 Prozent, Schopsenfleisch 1.2 Prozent, Prager Salami 1 Prozent, polnischer Salami 2.1 Prozent, Knackwürste 1.4 Prozent und Würsteln 1.6 Prozent. Auch der Preis von Schweinefett verbilligt sich und zwar bei inländischen unausgelassenem um 3.5 Prozent, bei ausgelassenem um 2.7 Prozent und bei ausländischem Fett um 1.1 Prozent. Rindstalg unausgelassen und ausgelassen weist einen Preisrückgang von 1.5 Prozent auf. Butter hat sich um 6.5 Prozent verbilligt. Der Preis von frischen Eiern sank um 2 Prozent, Kalkeiern um 3.4 Prozent. Gelbe Erbsen gingen um 6.4 Prozent zurück, Linsen um 2.6 Prozent, Reis „Mutmain" um 3.4 Prozent und „Burma 2" um 0.6 Prozent. Auch Getreidekaffee und Bohnenkaffee verbilligten sich. In den einzelnen Ländern ist der gewogene Lebensmittelindex im Vergleich mit dem Vormonate (Zahlen in der Klammer) folgender: In Böhmen 116.9 (118.5), in Mähren-Schlesien 113.0 (115.3), in der Slowakei 121.6 (122.9), in Karpathorußland 134.4 (136.2) und im Durchschnitt für die Republik 116.7 (118.4).

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 24. Feber.) Die heutige Produktenbörse war ziemlich gut besucht und das Geschäft, welches anfangs stockte, konnte sich erst im Verlaufe entwickeln, als die Käufer Zuschläge bewilligten. Die freundliche Stimmung der heutigen Produktenbörse hatte ihren Grund hauptsächlich in dem kleinen Warenangebot, da infolge des hohen Schneestandes der Verkehr in der letzten Zeit stockt. Am Getreidemarkte wies Roggen die festeste Haltung auf und erzielte bis um 5 K höhere Preise, während die amtlichen Notierungen nur eine Verteuerung um 3 K brachten. Weizen ist weiter gesucht und gewann bei kleinem Angebot 2 K. Auch Gerste verzeichnete eine Besserung um 2 K, doch ist das Geschäft hier nicht groß, da sowohl die Nachfrage als auch das Angebot sich zurückhaltend verhalten. Hafer gewann 3 K. In Mais ergab sich in rumänischer Ware eine plötzliche Kurssteigerung. Im Einklange mit der festen Veranlagung des Roggenmarktes befestigte sich Roggenmehl in den besseren Sorten um 4 K, Nr. 4 um 3 K. Von den übrigen Warensorten befestigten sich einige Futtermittel. Eier blieben heute ohne Notiz. — Es notierten in Kč: Kopweizen böhm. 81—82 Kg., 158—160; 79—80 Kg. 149—152; Weizen geld. böhm., 77—79 Kg., 142—145; 74—76 Kg. 137—139; Roggen böhm., 68—71 Kg., 104—106; Auswahlgerste 155 bis 161; Gerste Ia 148—151; Gerste mittlere 145 bis 147; Futtergerste 104—112; Hafer böhm. 118 bis 120; Hafer böhm. fehlerhaft 112—115; Donaumais 65—66; Rumän. Futtermais, kleinkörn., neu, 70—72; Erbsen Viktoria 190—230; Erbsen gelb 140 bis 160; Erbsen grün, großkörn. 190—220; Erbsen grün, kleinkörn. 150—170; Linsen großkörn. 490 bis 520; Linsen mittlere 280—330; Linsen kleinkörn. 230—250; Bohnen 225—300; Mohn blau 500—540; Mohn, silbergrau 640—680; Kümmel holländ. 485 bis 500; Heu böhm. ungepreßt, sauer 52—56; Heu böhm. ungepreßt, süß 62—66; Heu böhm. gepreßt, sauer 53—58; Heu böhm. gepreßt, süß 63—68; Roggenstroh in Bündeln, ungepreßt 38—40; Gersten- und Haferfutterstroh, gepreßt 32—34; Gersten- und Haferfutterstroh, ungepreßt 31—33; andere Strohsorten gepreßt 30—32; andere Strohsorten ungepreßt 29—31; Weizengries 288—295; Weizenmehl 0-0-0 doppelgriffig 268—278; Weizenbackmehl 0 glatt 245 bis 250; Weizenmehl Nr. 1 180—185; Weizenbrotmehl Nr. 4 120—125; Weizenfuttermehl Nr. 8 92 bis 96; Roggenmehl Nr. 0/1 170—173; Roggenmehl 65% 162—168; Roggenmehl Nr. 2 88—98; Roggenfuttermehl 83—85; Graupen Nr. 10—6 240—275; Gerissene Graupen 290—295; Hirse 250—290; Reis Burma 2 220—230; Reis Moulmain 300—320.

Chicago ist pleite.

Das Geld ist überall knapp. Jeden Tag ist von Sparmaßnahmen und Krediten der Stadtverwaltungen und Länder die Rede, aber Chicago mit seiner Riesenpleite scheint doch alles bisher Dagewesene zu übertreffen.

Mit echt amerikanischem Tempo, beflügelt von einem mächtigen Ehrgeiz, den ersten Platz unter den Städten der ganzen Welt zu erobern, möglichst auch New York in den Schatten zu stellen, ist die Entwicklung Chicagos in den letzten vierzig Jahren vor sich gegangen. New York hat zwar doppelt so viel Einwohner, aber die Chicagoer schüchtert das nicht ein, ihre Stadt sollte trotzdem New York überflügeln, an erster Stelle stehen.

Jetzt ist dieser Ehrgeiz plötzlich gehemmt. 300 Millionen Dollars betragen die Schulden der Stadt Chicago. Diese Schuld wird mit ungefähr 18 Millionen Dollars jährlich verzinst werden müssen, und vorläufig ist keinerlei Aussicht, Geld hineinzubekommen. 60.000 Angestellte und Beamte wissen kaum, wovon sie ihr Leben fristen sollen. Fast hätte man die Schulen schließen müssen, nicht weil die Lehrer und Lehrerinnen, ohne daß man ihnen ihre Bezüge sicherstellte, nicht weiter unterrichten wollten, sondern weil die Kohlenhändler, die natürlich ebenso wenig ihre Kohlenlieferungen bezahlt erhalten hatten, wie die Stadt ihren übrigen Verpflichtungen nachgekommen ist, nicht weiter auf Kredit Kohle abgeben wollten. Vorläufig hat man sich auch mit diesen hartnäckigen Gläubigern zu einigen gewußt und die Kinder gehen trotz der Pleite der Chicagoer Stadtverwaltung weiter in die Schule.

Als sich die mißliche Vermögenslage der Stadt nicht mehr verheimlichen ließ, hat man versucht, durch Beamtenabbau Ersparnisse zu erzielen. Allerdings hat man dabei sehr geringe Erfolge erzielt. So hat man als allererste Sparmaßnahme den Versuch gemacht, ungefähr 500 Schutzleuten zu kündigen. Der Erfolg war niederschmetternd. Chicago, auf der ganzen Welt berühmt und berüchtigt wegen seines Verbrechertums, erlebte eine weitere Steigerung der Verbrechen um 60 Prozent. Man sah ein: hier ließ sich nicht sparen. Man versuchte es deshalb bei der Feuerwehr. Aber lebhafter Protest aus den Reihen der Bevölkerung war die Folge, denn die Versicherungsgesellschaften hatten nichts Eiligeres zu tun, als wegen der durch den Abbau von Feuerwehrleuten erhöhten Brandgefahr, ihre Prämien zu erhöhen. So ließ man resigniert alles beim Alten und zahlte eben keine Gehälter, wenn kein Geld da war.

So überraschend wie für die Außenwelt ist der Zusammenbruch der städtischen Finanzen für die Chicagoer allerdings nicht gekommen. Die Bestechungsunwesen der Steuerbeamten haben von Jahr zu Jahr haarsträubende Formen angenommen. Der Wert von Grundstücken zum Beispiel wurde willkürlich bestimmt, wobei keinerlei Rücksicht darauf genommen wurde, daß eventuell ein Nachbargrundstück in derselben Straße von ziemlich gleicher Größe in ganz anderer Weise bewertet wurde. Bei der Aufforderung an den Steuerzahler, Steuern dem festgelegten Wert des Grundstückes entsprechend zu entrichten, ließ man durchblicken, daß eine erhebliche Reduzierung der Steuern erreicht werden könne, wenn der Steuerzahler ein paar tausend Dollars in die Kasse der am Ruder befindlichen Partei abführen würde. Der Steuerzahler ließ sich das nicht zweimal sagen und machte trotz der „freiwilligen" Spende für die Parteikasse noch ein ebenso gutes Geschäft wie diese. Diese unerhörten Methoden erregten endlich doch das Aergernis der Bevölkerung und die Aufsichtsbehörde sah sich gezwungen, eine Neubewertung sämtlicher Grundstücke Chicagos vorzunehmen. Jetzt repidiert man schon fast zwei Jahre, ohne damit zu Ende zu kommen. Da man nicht weiß, wie die Grundstücke nun endgültig bewertet werden, hat man auch keine Möglichkeit, die Steuern von den Bürgern einzutreiben. P. M.

Kinderfreunde Prag.

Heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr in der Gec Schattenspiele der Kinder. Alle kommen und pünktlich sein!

Aus der Partei.

Kreiskonferenz in Komotau

Samstag und Sonntag fand die Kreiskonferenz unserer Kreisorganisation Teplitz-Saaz in Komotau statt. Die Tagung war außerordentlich stark beschickt. Nach einem einleitenden Liedervortrag der Arbeitersänger eröffnete Kreisvertrauensmann Genosse Kremser am Samstag nachmittag die Konferenz und umriß die Aufgaben der Tagung. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde Genosse Senator Dr. Heller gewählt, der zunächst mitteilte, daß Genosse Dr. Czech infolge seiner Krankheit an der Konferenz nicht teilnehmen kann.

Den Bericht des Kreissekretariates erstattete Genosse Lorenz. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Kreisorganisation trotz Wirtschaftskrise und heftiger Angriffe der Gegner **auch** im Jahre 1930 wieder beachtliche Fortschritte machen konnte. Weitere erfreuliche Berichte erstatteten die Genossin Reihs-Teplitz für die Frauen, Genosse Fleischer-Teplitz für die Jugend, Genosse Löwe-Teplitz für die Presse sowie für die Kreiskontrolle und für die Parteibetriebe Genosse Siart.

Am Sonntag eröffnete Genosse Dr. Heller die Konferenz mit einem Nachruf für die Bergleute, die bei der Grubenkatastrophe im Rheinland verunglückt sind. Sodann hielt Genosse Taub, der den erkrankten Dr. Czech vertrat, ein Referat über die wirtschaftliche und politische Situation. Er ging vom Smichower Kongreß aus, kennzeichnete die Lage nach den Wahlen von 1929 und begründete den Regierungseintritt der Partei. Dann befaßte er sich ausführlich mit der herrschenden Wirtschaftskrise und legte den Umfang dieser Krise dar. Er besprach ferner alle jene Maßnahmen, welche die Sozialdemokratie in der Regierung für die Arbeitslosen durchgesetzt hat. Zum Schluß befaßte sich Genosse Taub mit unserem Verhältnis zu den tschechischen Genossen: „Unsere heiligste Aufgabe ist es, die Massen für den Sturz der kapitalistischen und für die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung reif zu machen. Vereint mit den tschechischen Genossen wollen wir auch weiter bemüht sein, für die Arbeiterklasse das Bestmöglichste zu erringen. Diese innige Zusammenarbeit, sie ist die einzige Hoffnung des Proletarats in der Tschechoslowakei."

Nach dem Referat des Genossen Taub, das die Konferenzteilnehmer mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten, sprach Genosse Lorenz über die Werbeaktion.

Im Anschlusse an beide Referate entwickelte sich eine außerordentlich wertvolle Debatte, in der die einzelnen Redner nahezu aus allen Teilen des Kreisgebietes den Notstand des werktätigen Volkes zum Ausdruck brachten. Ganz besonders bemerkenswert waren die Ausführungen der Redner aus den Notstandsgebieten im Erzgebirge, wo die Wirtschaftskrise furchtbares Elend unter den Arbeitern und Kleinbauern hervorgerufen hat. Sie alle, die da in beredten Worten die große Not schilderten, betonten immer wieder, wie dankbar die Arbeiter der Partei für das sind, was sie in der Regierung zur Linderung der Not der Massen getan hat.

Nach Schlußworten der Genossen Siart und Taub wurde eine Resolution beschlossen, in der die Konferenz die bisherigen Ergebnisse der Koalitionspolitik der Partei billigt. In einem zweiten Beschluß wird die Kreisvertretung aufgefordert, unverzüglich mit den Gemeindefraktionen in Verbindung zu treten, um die Mittel der Investitionsarbeiten und der produktiven Arbeitslosenfürsorge in möglichst ausgiebigem Ausmaß für die Gemeinden des Kreisgebietes in Anspruch zu nehmen.

Es folgt noch der Bericht der Mandatsprüfungskommission, den Genosse Reichl-Komotau erstattete, worauf die Neuwahlen vorgenommen wurden. Zum Kreisvertrauensmann wurde abermals Genosse Kremser gewählt.

Die Tagung wurde mit einem wirkungsvollen Schlußwort des Genossen Dr. Heller beendet. Für alle Teilnehmer war die Konferenz ein Erlebnis, sie zeigte, daß die Partei vollkommen einheitlich und geschlossen ist.

Jugendbewegung.

S. J. Prag. Heute in der Gec: Bunter Abend, organisiert von den Mädels. Kommt alle, und zwar in der blauen Wanderkleidung. Instrumente mitbringen. Beginn: 8 **Uhr** abend. Seid bitte pünktlich!

Kunst und Wissen.

Arbeitervorstellung „Rosenkavalier", mit Josef Schwarz als Gast, am Sonntag, den 8. März, um **2 Uhr nachmittags** im Neuen Deutschen Theater. Herr Josef Schwarz widmet sein Gastspielhonorar zur Gänze der Arbeiterfürsorge für Arbeitslose. Karten ab Dienstag, den 24. Feber, bei Optiker Deutsch, Graben, Palais Koruna.

Der Vortragsabend zugunsten der Deutschen Frauenliga für Frieden und Freiheit findet am 6. März im Mozarteum statt. Für den musikalischen Teil des erlesenen Programms wurden Margarete Hönel, Violine, und Friederike Schwarz, Klavier, gewonnen. Irene Bender-Lamond wird Gedichte und Prosastücke von Goethe, Heine, Claudius, Tolstoi, Viktor Hugo, Dehmel vortragen. Kartenbestellung Telephon 42960.

GRAF'S RINDSUPPE im WÜRFEL schmeckt vorzüglich Ein Würfel kostet nur 30h

Deutsche Musikakademie. Heute halb 8 Uhr in der Urania 3. öffentlicher Abend. Am Programm Werke von Reger, Novak, Dohnanyi und Hindemith.

Das wird auszuhalten sein! Infolge eines kontraktlichen Urlaubs von Frau Lord mußte die Reihe der Aufführungen von Bernard Grüns „Böhmischen Musikanten" unterbrochen werden. Das Werk wird nach ihrer Rückkehr wieder in das Repertoire aufgenommen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, 7½ Uhr (114—2): „Der Troubadour". Donnerstag, 7½ Uhr (115—3): „Der lustige Krieg" Freitag, 7 Uhr, Bankbeamten I und II: „Soldaten". Samstag, 7½ Uhr (116—4), Gastspiel L. Kramer — P. Glöckner: „Haus Rothschild" Sonntag, 2½ Uhr, K.-B.- und Arbeitnehmervorst.: „Der lustige Krieg"; 7 Uhr (117—1): „Der Rosenkavalier". Montag, 7½ Uhr: Konzert des Deutschen Männergesangvereines.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, 7½ Uhr, Gastspiel L. Kramer: „Spiel im Schloß" Freitag, 7½ Uhr: „Spiel im Schloß". Samstag, 7½ Uhr: „Ist das nicht nett von Colette?" Sonntag, 3 Uhr: „Marguerite durch drei"; 7½ Uhr Premiere: „Das öffentliche Aergernis". Montag, Bankbeamten I, 7½ Uhr: „Marguerite durch drei".

Genossen! Ihr müsset unausgesetzt für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen **agitiert**

Sport * Spiel * Körperpflege

Ein vernichtendes Urteil.

Aus einem Rundschreiben der „Freien Sportvereinigung Fichte" Berlin vom 22. Jänner 1931.

Die „Freie Sportvereinigung Fichte" ist jener Teil des kommunistischen ASV. Fichte Berlin, der im Jänner d. J. zum Arbeiter-Turn- und Sportbund zurückkehrte.

„Die Ergebnisse haben den Genossen recht gegeben, die damals im Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gruppe und der Arbeitersportbewegung diese Warnung erließen. Die Saat, die Friedmann-Bergmann in der 11. Fichtegruppe gesät hat, ist aufgegangen. Die ehemals gut fundierte sportlich und politisch aktive Gruppe, der Vorposten der Arbeitersportbewegung im kleinbürgerlich-reaktionären Kreuzberg-Viertel Berlins, liegt zertrümmert darnieder. 50 aktive Genossen und Genossinnen haben sich, angewidert von diesen Kampfmethoden, wie sie von den braven Schülern der JG.-Führung angewandt wurden, und da ein weiteres kameradschaftliches und genossenschaftliches Zusammenarbeiten trotz größter Beharrlichkeit und Zurückhaltung gegenüber persönlichen und politischen Verunglimpfungen nicht mehr möglich war, von der Gruppe losgelöst.

Wo die Anrede „Genosse" ersetzt wird durch Lumpen, Strolche, Provokateure, Zuhälter der Sozialfaschisten, wo an die Stelle politischer Argumente Koppelschlösser, „proletarische Abreibungen" treten, in einer solchen Gemeinschaft ist für klassenbewußte Arbeitersportler kein Platz mehr . . ."

Der norddeutsche Kreisfußballmeister ermittelt. „Lorbeer" Hamburg gegen „Süd" Kiel 2:1 (2:1). Vor 12.000 Zuschauern wurde in der ersten Halbzeit das ansprechende Spiel von Lorbeer zum größten Teil überlegen gestaltet. Der viel gerühmte Kieler Sturm entsprach in der ersten Hälfte nicht den Erwartungen. Was nach der Pause von Lorbeer gezeigt wurde, erinnerte wenig an die Spiele der Vergangenheit. Kiels Sturm war nunmehr tonangebend, doch die Verteidigung Lorbeers war immer dort, wo es gefährlich wurde.

Um die süddeutsche Verbands-Fußballmeisterschaft. Neckarau, Meister des badischen Kreises, sicherte sich durch einen 8:2-Sieg über Neckargartach, dem württembergischen Meister, die ersten Punkte. — Der Bundesmeister und Meister des nordbayerischen Kreises Nürnberg-Ost schlug den süddeutschen Meister Fr. T. München 4:1 (1:0).

Um die westdeutsche Kreis-Fußballmeisterschaft. Der Altmeister Oberspockhövel siegte knapp, aber verdient, durch bessere Kombination im Sturm über Frisch auf Köln 98 mit 1:0 (0:0). Am nächsten Sonntag tritt Oberspockhövel zum Schlußspiel gegen Dortmund-Ewing an.

In dem Kreisspiel um die Südmain-Gruppenmeisterschaft zwischen Urberach und Bürgel siegte Urberach mit 2:1. Trotzdem der Platz in keiner günstigen Verfassung war, zeigten beide Mannschaften sehr schönen Fußball. Kommenden Sonntag steigt das Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft zwischen Urberach und dem Nordgruppenmeister Niederflorstadt.

Brackwede nordwestdeutscher Kreisfußballmeister. Vor 4000 begeisterten Zuschauern siegte der Meister der Südkreisgruppe Brackwede über den Meister der Nordkreisgruppe Freie Sportvereinigung Lehe 5:4. Beide Mannschaften zeigten ein technisch sehr angenehmes Spiel. Lehe lag stets in Führung und es hatte den Anschein, als würden sie den Sieg erringen. Brackwede kam erst später in Form, die sich derartig steigerte, daß sie den Sieg erringen konnten.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Donnerstag, den 26. Feber, abends halb 8 Uhr findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Prag II., Bergstein, ein Diskussionsabend über das Thema

„Weltwirtschaftskrise und Sozialismus"

statt.

Das einleitende Referat hält Genosse Doktor Emil Strauß.

Wir erwarten die Teilnahme aller Mitglieder.

Freundschaft!

f. d. Bezirksleitung: Schönfelder.

Sonstiger Arbeiterfußball in Deutschland. Bezirk Dresden: Helios gegen DSV. 4:2, Coswig gegen Radebeul 5:4, Eintracht gegen Heidenau 2:1, Cotta gegen Löbtau 3:2, Meißen gegen Cörnewitz 3:3, DSV. gegen 1885 9:2, Potschappel gegen Pieschen 8:3. — Bezirk Chemnitz: Sachsen gegen Frankenberg 4:1 (2:1), Taura geg. Glauchau 6:4 (3:1), Vorwärts gegen Jahnsdorf 4:3, Konkordia gegen Planitz 8:1 (4:0), Rapid gegen Favorit 3:3 (1:2), SBS. gegen Claußnitz 12:3 (6:1), Eintracht Mittweida gegen Pfeil 6:3 (3:2). — Bezirk Zwickau: Reichenbach gegen Hof 2:3, Crimmitschau gegen Meerane-Crotenlaide 0:2, Niederhaßlau gegen Kirchberg 7:1, Zwickau gegen Zwickau-Süd 1:4, Neukirchen gegen Altenburg 0:4. — Bezirk Leipzig: Eintracht Wahren gegen Rositz 2:4, ASK. Grimma gegen Fußballring 2:2, Vorwärts Beucha gegen Großzschocher 4:5, Sportklub Ost gegen Schönefeld 3:3.

Die Aekö-Skimeisterschaften von Wien wurden am Sonntag auf dem Kobenzl ausgetragen. Den am Vormittag ausgetragenen Mannschaftslauf gewann die Turnermannschaft Ottakring. Nachmittags fand das Springen statt. Die Leistungen blieben hinter jenen vom vergangenen Sonntag zurück, weil es diesmal nicht leicht war, im schneegemischten Regen von der Schanze zu springen. Die schönsten Sprünge vollführte Handl (Semmering). Er sprang 32, 33 und 32.5 Meter und gewann nicht nur die Sprungmeisterschaft, sondern auch die des kombinierten Laufes.

Dänische Arbeiter-Boxer in Deutschland. Der Arbeiter-Athleten-Bund hat eine dänische Auswahlmannschaft zur Austragung einer Reihe von Boxkämpfen verpflichtet. Die Mannschaft ist aus dem Kopenhagener Arbeiter-Boxklub zusammengestellt und technisch sehr auf der Höhe. Der erste Start erfolgte am Samstag in Görlitz und schlugen die Dänen den Kraftsportverein Görlitz mit 9:5 Punkten. Sonntag fand in Waldenburg der zweite Start statt. Der Gegner war „Spartania" Waldenburg und hatte sich diese junge Mannschaft sehr viel vorgenommen, mußte sich aber den routinierten Dänen beugen, die mit 12:2 Punkten einen überlegenen Erfolg davontrugen.

Eine neue Bestleistung im Gewichtheben stellte bei den Meisterschaften des Vakö, Bezirk Wien-Nord, Burger (Vollkraft) mit 55.10 Kilogramm auf.

Der Film.

Erstaufführung des Dreyfusfilms. Die Liga für Menschenrechte veranstaltet Donnerstag, den 26. Feber d. J., um 10 Uhr abends im Kino Avion die Prager Erstaufführung des Ufa-Tonfilms „Die Affaire Dreyfus" mit Kortner, Bassermann, George usw. — Normale Preise. Karten bei Genossen Deutsch, Koruna, und an der Kinokasse.

Herausgeber: Siegfried Taub.
Chefredakteur: Wilhelm Nießner.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag.
Druck: „Roto" A.-G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag.
Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt.

Prager Konzertsaal.

Die Einseitigkeit des modernen Konzertbetriebes wird bereits unerträglich. Denn es gibt fast nur mehr Solistenkonzerte; und diese jagen einander in wahllosem Kunterbunt. Ist schließlich einmal Gelegenheit, auch ensemblemäßiger Konzertkunst teilhaftig zu werden, dann hat dies direkt erfrischende Wirkung. Wie das letzte Konzert der Londoner Madrigal-Vereinigung „The english singers" genannt, bewies. Diese vokale Kammermusikvereinigung hat es sich zum künstlerischen Ziel gesetzt, die Tonkunst der alten englischen Madrigal- und Motetten-Komponisten zu neuem Leben zu erwecken und in den internationalen Konzertsälen wieder zur Geltung zu bringen. Ein künstlerisches Bemühen, das bei der hohen Gesangskunst der englischen Sänger bisher überall, wo sie sich in Europa und Amerika hören ließen, von vollem Erfolge begleitet war. Die in der Polyphonie so reich ausgestatteten und in der Stimmführung so vielseitig selbständigen alten englischen Madrigale und Motetten, wie sie etwa Byrd, Purcell oder Morley komponiert haben, vermag aber auch nur eine Vokalvereinigung entsprechend wirkungsvoll zum Vortrage zu bringen, die wie die „english singers" nicht nur musterhaft im rhythmischen und dynamischen Sinne diszipliniert ist, sondern auch über eine so vollkommene Reinheit der Intonation wie diese verfügt. Zu diesen hervorragenden gesangstechnischen und musikalischen Fähigkeiten der „english singers" kommt noch ihr außerordentliches Stilgefühl, das den Geist und Charakter der alten Vokalwerke mit wundervoller Klarheit festhält, und die herzerfreuende Passioniertheit, mit der sie singen. Auch bei den englischen Sängern erweist sich übrigens wieder einmal die Wahrheit der Behauptung, daß nicht die numerische Größe eines Vokalensembles für dessen künstlerische Bedeutung maßgebend ist, sondern die künstlerische Tüchtigkeit jeder einzelnen Sängerin und jedes einzelnen Sängers, wenn diese in ihrer Gesamtheit auch nicht einmal ein Dutzend vollmachen. Außer den Vokalschöpfungen der alten englischen Madrigalisten enthielt das Programm dieses seltenen und genußreichen Vokalkonzertes noch moderne Bearbeitungen englischer Volkslieder und drei köstliche italienische Straßensängermelodien im Satze von Bauchieri und du Pont. Der Erfolg des Konzertes war groß und echt, ließ aber den Wunsch aufkommen, derartige kammermusikmäßige Vokalabende statt im wenig akustischen Smetanasaale doch lieber in intimerem Raume zu veranstalten. — Einen künstlerisch anregenden Liederabend hatte die junge tschechische Sängerin Anduła Pešírka im Mozarteum-Saale ins Werk gesetzt, bei dem wieder die geistige Intelligenz der Künstlerin und ihr ungewöhnliches Einfühlungsvermögen in den Inhalt des gesungenen Liedes überzeugend zum Ausdrucke kam. Auch beispielgebend für die internationale Auffassung der Kunst wirkte die Sängerin diesmal, indem sie mehrere Lieder von Franz Schubert auch in deutscher Sprache sang. Ihr Programm hatte Frl. Pešírka außer der Liedkunst Schuberts noch einer Arie von Mozart und mehreren aus der letzten Zeit stammenden slowakischen Liedern Vítězslav Nováks gewidmet. In dem tschechischen Komponisten und Pianisten Dr. Wenzel Štěpán hatte die Konzertgeberin einen vorbildlich anpassungsfähigen Begleiter am Flügel. — Seiner hatte sich auch die tschechische Sopranistin Ludmila Hynek in einem italienischen Liederabend bedient, der in mustergültiger Programmfolge die italienische Lied-Lyrik von Piccini, Scarlatti und Durante angefangen bis zu Donizetti, Rossini und Verdi und zu den Modernen Santoliquido, Respighi, Malipiero und Pizzetti umfaßte. Auch Frl. Hynek offenbarte hohe Vortragsintelligenz, die sich auf schöne Stimmittel und vortreffliche Gesangskultur stützt. Die Künstlerin sang italienisch. — Vilmos Palotai, der neue Cellolehrer der Prager Deutschen Musikakademie, dessen künstlerische Fähigkeiten man bereits in einem Kammermusikkonzerte des Prager Trios wahrzunehmen Gelegenheit hatte, gab dieser Tage im Mozarteum sein erstes eigenes Prager Konzert. Er hatte es sich nicht leicht gemacht; denn sein Vortragsprogramm war schon dem Umfange nach ungewöhnlich anspruchsvoll. Es enthielt eine Sonate von Chopin, eine Suite für Solo-Cello von Joh. Seb. Bach, die „Sieben Variationen über ein Thema von Mozart" von Beethoven, als Erstaufführung für Prag die rhythmisch interessante Erste Rhapsodie von dem ungarischen Neutöner Bela Bártók und vier kleinere Stücke von Debussy, Ravel, Dvořák und Popper. Palotais besondere Tugend als Cellist ist das Piano, das ihm in duftigster, hauchartiger Zartheit gelingt und doch mit wundervoller Tragfähigkeit durch den Raum klingt. Auch die Technik des Künstlers ist beachtenswert und von ausgeglichener Schönheit. Nur die Reinheit der Intonation läßt oft zu wünschen übrig, ein Fehler, der gerade beim Cello empfindlich stört. Als Klavierbegleiter von ganz außerordentlicher künstlerischer Qualität bewährte sich bei diesem Konzert der junge Prager deutsche Pianist und Lehrer des Klavierspieles an der Deutschen Musikakademie Eugen Kalix. — In einem Konzerte der Tschechischen Philharmonie unter Leitung des ausgezeichneten Karlsbader Generalmusikdirektors R. Manzer war nach langer Zeit wieder einmal Edith Kraus, die junge Karlsbader Pianistin zu hören. Aus dem Wunderkinde von einst ist die reife Künstlerin von heute geworden, die die Erwartungen ihres ersten Prager Debüts vollauf erfüllt hat. Sie spielte Beethovens anspruchsvolles und schwer zugängliches Klavierkonzert in G-Dur mit Orchesterbegleitung; nach dem Berichte des an meiner Stelle im Konzerte anwesenden Gewährsmannes mit erstaunlicher geistiger Gestaltung, delikatester Klangdifferenzierung und ausgeglichener, brillanter Technik. Auch in den kleinen Solostücken (von Smetana) zeigte die junge Künstlerin ihre pianistische Kunst und technische Fertigkeit im hellsten Lichte. — Noch sei diesmal erwähnt, daß das unerhört fleißige Tschechische Staatskonservatorium immer wieder neue, originelle Ideen für seine öffentlichen Musikabende findet. So hatte es diesmal zwei Sonderabende veranstaltet; den einen unter dem Titel „Musik aus der Zeit der vier Ludwige" mit Kompositionen französischer Meister aus dem 17. und 18. Jahrhundert (1600 bis 1764), den anderen als Faschings-Konzert unter dem Titel „Aus dem Reiche Terpsichores". E. S.